

A stylized map of Ukraine composed of a grid of grey dots, with several dots highlighted in red to indicate specific regions of interest.

Zwischen Stabilität und Labilität

Die gesellschaftspolitische Situation im Süden und Osten der Ukraine

NIKOLAY MITROKHIN
September 2015

- Die Studie untersucht die gesellschaftspolitische Lage in den drei ukrainischen Regionen Charkiw, Dnipropetrowsk und Odessa. Ein Übergreifen separatistischer Bewegungen nach dem Muster der benachbarten »Volksrepubliken« in Donezk und Luhansk scheint 2015 abgewendet. Allerdings ist angesichts der komplexen Gemengelage aus Politik und Wirtschaftsoligarchie, der Konfrontation von »prorussischen« und »proukrainischen« Aktivist_innen und der wirtschaftlichen und sozialen Krise die Situation im Kern labil.
- Die Regierung der Ukraine prägt derzeit ein neues nationales Narrativ, das auf dem sogenannten Euromaidan von 2013 und 2014 und den dort gebrachten Opfern basiert. Diese Symbolik wird sowohl in führenden Massenmedien als auch in der politischen Rhetorik von Präsident, Regierungsvertretern und Parlamentsabgeordneten verwendet. Jedoch finden diese quasi-offiziellen Narrative in den Millionenstädten des Ostens und des Südens faktisch keine Resonanz.
- Der Euromaidan wurde in den untersuchten Regionen von der Bevölkerung nicht im selben Maße unterstützt wie von der Mehrheit der Eliten. Dies erlaubte es zwar, die prorussischen Kräfte niederzuhalten, gewährleistete aber keine dauerhafte Unterstützung bei der Durchführung wirtschaftlicher und politischer Reformen. Bisher wurden deshalb »pro-europäischen« Reformen vor Ort nur in einem beschränkten Maß durchgesetzt. Politisch dominieren weiterhin die alten, lokal verwurzelten Politiker_innen mit oftmals engen Verbindungen zur regionalen Wirtschaft.
- Es ist durchaus möglich, dass nach den Kommunalwahlen am 25. Oktober 2015 regierungs- und präsidentenkritische Einstellungen in den drei untersuchten Gebieten stark zunehmen. Die Umsetzung von vor Ort spürbaren, schnellen Reformen, echte Korruptionsbekämpfung und die Erhöhung des Lebensstandards der Bevölkerung wären wirksame Gegenmittel. Die aktive Zusammenarbeit der Kiewer Regierung mit lokalen Anhänger_innen des pro-europäischen Weges könnte ein weiteres Element einer Modernisierungsstrategie sein.



Vorwort	2
Teil 1: Allgemeine Aspekte der Situation in den untersuchten Städten	3
Bürgermeister und Gouverneure	3
Symbolik der Revolution und ihre regionalen Besonderheiten	3
Kein Austausch der lokalen Eliten – Ursache von Enttäuschungen	3
Proukrainische Aktivist_innen als ein Destabilisierungsfaktor	4
Passivität der Bildungsbürger_innen und Studierenden	5
Besonderheiten der prorussischen Organisationen	5
Die Rolle der russischen Sprache und der Ukrainisierung der Städte	6
Politische Folgen der Fußball-Europameisterschaft 2012	7
Rolle der religiösen Organisationen	7
Teil 2: Die Situation in den einzelnen Städten	8
1. Charkiw	8
Prorussische Kräfte in Charkiw	8
Einschätzung der Rolle von Gennadi Kernes als Bürgermeister und Ausblick auf die anstehenden Kommunalwahlen	10
Proukrainischer Aktivismus sowie proeuropäischer Diskurs in Charkiw	12
Empfehlungen für die Arbeit deutscher Organisationen in Charkiw	13
2. Dnipropetrowsk	14
»Die Stadt, in der man bequem Geld verdient« – der Modus Vivendi der Stadt	14
Verkehrswesen	15
Regionalpolitik	16
Soziale Herausforderungen	19
Die proeuropäische Intelligenzija	20
Empfehlungen	21
3. Odessa	22
Ethnische Vielfalt der Oblast Odessa und Einstellungen zur EU als Faktor der Instabilität ..	22
Politisch gefärbte Orthodoxie in Odessa	23
Proukrainische Aktivitäten	26
Korruption und Armut als potenzielle Quelle für soziale Unruhen	27
Wirtschaftliche Aussichten	28
Empfehlungen	28
Teil 3: Schlussfolgerungen	29

Vorwort

Die vorliegende Studie beschäftigt sich mit der Frage nach der Stabilität der gesellschaftspolitischen Situation in den Großstädten im Osten und Süden der Ukraine, die in den Jahren 2014 und 2015 im Fokus der gesellschaftlichen Auseinandersetzung standen. Im Rahmen dieser Arbeit wird eine Vergleichsanalyse der Situation in Charkiw, Dnipropetrowsk und Odessa durchgeführt und auf die Lage in den entsprechenden Regionen und Oblasten¹ eingegangen.

Die drei genannten Städte haben Ähnlichkeiten, aber auch unterschiedliche Züge. Sie ähneln sich in ihrer Rolle als große Industrie- und Bildungszentren. Alle drei sind nicht nur Hauptstädte ihrer Oblasten, sondern auch tatsächliche Zentren von Makroregionen: Charkiw ist die Hauptstadt der nordöstlichen Makroregion, der sogenannten »Sloboschanschtschina«, die die Oblaste Poltawa, Sumy sowie den Nordteil der Oblast Lugansk einschließt. Dnipropetrowsk ist die Hauptstadt der östlichen Makroregion, die heute de facto die Oblaste Kirowohrad und Saporischja sowie den Westteil der Oblast Donezk vereinigt; Odessa ist die Hauptstadt der südlichen Makroregion, zu der noch die Oblaste Mykolajiw und Cherson gehören. Ihre Bevölkerung ist überwiegend russischsprachig, und die dortigen Eliten gehörten im Großen und Ganzen bis 2014 der »Partei der Regionen« des ehemaligen Präsidenten Wiktor Janukowitsch an. Im Winter 2013/14 waren Proteste der Opposition in diesen Regionen schwach und gingen nicht selten von bezahlten kriminellen Gruppen – den sogenannten Tituschki – aus. Bei den Parlamentswahlen im Oktober 2014 gewann der »Oppositionelle Block«, der von den Nachfolgern der »Partei der Regionen« gegründet wurde, einen wesentlichen Teil der Mandate dieser Regionen.

Zugleich unterschied sich die Ausgangslage in diesen Städten im Frühling 2014 erheblich. Während in Charkiw und Odessa prorussische² Gruppen spürbar aktiv waren und entsprechende Massenkundgebungen stattfanden, die unter gewissen Umständen zur Wiederholung

der Ereignisse von Donezk und Lugansk hätten führen können³, unterstützte ein Großteil der Bevölkerung Dnipropetrowsks die Tätigkeit des neuen Gouverneurs der Oblast Dnipropetrowsk, Ihor Kolomojskyj, und half der Region, eine Stütze der ukrainischen Staatsgewalt im Osten des Landes zu werden.

Die Ursachen solcher Unterschiede, die gegenwärtige politische Situation und die Entwicklungsaussichten sowie die Rolle der gesellschaftlich-politischen und religiösen Organisationen in den aktuellen Ereignissen sind Kernfragen, die in dieser Studie dargestellt werden. Die Studie beruht vor allem auf Materialien, die der Autor während seiner vom 14.–30. April 2015 unternommenen Reise im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung nach Kiew, Charkiw, Dnipropetrowsk und Odessa sammelte. Während dieser Reise wurden rund 70 Interviews mit gesellschaftlich aktiven Bürger_innen in diesen Städten geführt. Es handelte sich bei ihnen vor allem um Leiter_innen und andere Vertreter_innen von gesellschaftlich-politischen und religiösen Organisationen sowie Journalist_innen, Politolog_innen und Soziolog_innen.⁴ Außerdem wurden als Informationsquellen Presseberichte, Websites und soziale Netzwerke im Zeitraum vom Frühjahr bis Sommer 2015 herangezogen.

1. »Oblast« = deutsch Region, Gebiet, bezeichnet gleichzeitig die Verwaltungsbezirke der Ukraine. Das Land ist in 24 Oblaste gegliedert. Hinzu kommen die Städte Kiew und Sewastopol mit je eigenem Status sowie die Autonome Republik Krim.

2. Die Termini »prorussisch« und »proukrainisch« sind notwendigerweise vereinfachende Deutungen. Sie sollen aber die Grundtendenzen in der jeweiligen politischen Ausrichtung der Handelnden bzw. ihrer Organisationen für diesen Text wiedergeben.

3. Im Frühjahr 2014 übernahmen in Folge des Euromaidans prorussische Milizen die Kontrolle über die Oblasten Donezk und Luhansk und riefen die international nicht anerkannten »Volksrepubliken« Luhansk und Donezk aus.

4. Der Autor bedankt sich bei I. Sissels, T. Zhurzenko, A. Kolpina, M. Kowal, O. Palij, A. Portnow, G. Skljakowa, J. Tschernomarez und O. Jaworska für die Hilfe bei der Herstellung dieser Kontakte.

Teil 1: Allgemeine Aspekte der Situation in den untersuchten Städten

Da sich die Situation in jeder der analysierten Städte in der Praxis voneinander sehr unterschied, werden diese im Folgenden getrennt beschrieben. Allerdings ist es notwendig, im ersten Teil der Studie einige Gemeinsamkeiten zusammenzufassen, die kennzeichnend für alle Städte sind, und den notwendigen Hintergrund für die weiter beschriebenen regionalen Realitäten darzustellen.

Bürgermeister und Gouverneure

Großstädte wie Charkiw, Dnipropetrowsk und Odessa als Regionalzentren haben eine selbstständige und von Kiew unabhängige politische Bedeutung, was sich im Laufe der Ereignisse des Jahres 2014 zeigte. Relativ kleine Gruppen von politischen Aktivist_innen, die zwischen einigen hundert bis zu zweitausend Menschen zählten, waren bereit, die politische Situation in eine andere Richtung zu lenken, indem sie Verwaltungsgebäude in den Oblastzentren erstürmten. In dieser Situation waren die politische Positionierung und das Verhalten der Stadtverwaltungen ausschlaggebend. Im Unterschied zu den regionalen Leitern der Oblastverwaltung verfügt die Stadtverwaltung über tatsächliche Hebel, um auf die Situation Einfluss auszuüben. Dies ist nur ein Beispiel dafür, um aufzuzeigen, wie die Macht tatsächlich zwischen den Gouverneuren und den Bürgermeistern der Regionshauptstädte verteilt ist. Die von Kiew ernannten regionalen Gouverneure, die formal ein höheres politisches Gewicht als die direkt vom Volk gewählten Bürgermeister der Oblastzentren haben, verfügen faktisch über nur geringe Einflussmöglichkeiten. De facto hängen die Gouverneure von guten Beziehungen zu den Bürgermeistern ab. Diese Abhängigkeit wird dadurch verstärkt, dass die ukrainische Gesellschaft traditionell die Verantwortung für schlechte Lebensverhältnisse den staatlichen Organen und deren Vertreter_innen zuschiebt.

Symbolik der Revolution und ihre regionalen Besonderheiten

Die Staatsgewalt in Kiew und die ukrainische politische Klasse prägen derzeit ein neues staatliches Narrativ, das auf dem regelmäßigen Rekurs auf den sogenannten Euro-Maidan 2013/14 (»die Revolution der Würde«) und die

Opfer, die im Namen der Revolution gebracht und bis ins sakrale stilisiert werden (»die Heldentat der himmlischen Hundertschaft«), basiert. Diese Symbolik wird sowohl in führenden Massenmedien als auch in der politischen Rhetorik von Regierungsvertreter_innen, dem Präsidenten und Abgeordneten des Parlaments benutzt.

Dabei findet dieses quasi-offizielle Narrativ in den untersuchten Städten des Ostens und des Südens der Ukraine faktisch keine Resonanz. Das hängt vor allem damit zusammen, dass die Aktivist_innen des Euro-Maidan kaum aus diesen Regionen stammten. Dies zeigt sich beispielhaft anhand der Biographien der Mitglieder der »himmlischen Hundertschaft«, deren überwiegende Mehrheit Bewohner_innen Kiews, Galiziens sowie anderer Regionen der westlichen Ukraine sind. Es finden sich darunter jedoch keine Vertreter_innen der in dieser Studie untersuchten Städte.

Die aktuelle politische Diskussion in diesen Städten dreht sich vielmehr um lokale Themen des politischen Kampfes von 2014 und 2015. Für Charkiw sind dies der Abriss des Lenin-Denkmal auf dem zentralen Platz der Stadt im September 2014 und der Kampf von proukrainischen und prorussischen Kräften um die Kontrolle über das Oblast-Verwaltungsgebäude im März 2014. Für Dnipropetrowsk spielt der Krieg im Donbass-Raum die Hauptrolle. Für Odessa stellen die tragischen Ereignisse vom 2. Mai 2014 das zentrale Thema dar.⁵

Kein Austausch der lokalen Eliten – Ursache von Enttäuschungen

Den untersuchten Städten ist gemeinsam, dass die städtischen Politiker, die vom Euro-Maidan sowie durch die darauf folgende, auf zentralstaatlicher Ebene durchgeführte Personalpolitik hätten ausgetauscht werden müssen, ihre Posten weiterhin bekleiden. Der Wechsel von regionalen Gouverneuren führte zu keinem Wechsel regierender »Clans«, weder auf Oblast- noch auf Stadtebene. Ebenso wenig gab es einen grundlegenden Wandel der Staatsgewalt auf regionaler Ebene. Das Potenzial der proukrainischen Aktivisten, die nach dem Euro-Maidan denselben sozialen Status wie zuvor haben, blieb unbeachtet. Das

5. Am 2. Mai kam es am Gewerkschaftshaus zu gewaltsamen Auseinandersetzungen und im Gebäude in der Folge zu einem Brand. 48 Menschen starben, 200 Menschen wurden verletzt. Näheres im Kapitel zu Odessa.

geringe Tempo bei der Umsetzung nationaler Reformen, die hohe Inflation, der ausgebliebene Qualitätszuwachs bei staatlichen Dienstleistungen sowie die Abwertung der nationalen Währung führten zu großen Enttäuschungen seitens ehemaliger Maidan-Aktivistinnen und rufen bei ihnen wachsende Kritik am Präsidenten der Ukraine, insbesondere aber an der Regierung hervor.

Einer der zentralen Aspekte dieser Enttäuschungen ist, dass es seit dem Euro-Maidan kaum positive Änderungen für Kleinunternehmen gegeben und kaum Deregulierung stattgefunden hat. Gerade die Unzufriedenheit kleiner und mittlerer Unternehmer mit der massiven Vermögenskonzentration auf den Clan von Wiktor Janukowitsch wurde zu einer der wichtigsten sozialen und wirtschaftlichen Ursachen für die »Revolution der Würde«. Nach eigenen Berechnungen des Autors machen Unternehmer_innen mindestens ein Drittel der »himmlischen Hundertschaft« aus. Sie sind ebenfalls gut repräsentiert unter regionalen politischen Aktivist_innen. Großenteils sind sie kleine und mittelständische Unternehmer_innen, die nach eigener Wahrnehmung unter den großen politisch-wirtschaftlichen Clans leiden, die sowohl lokale als auch zentrale Machtorgane korrumpieren.

Diese Unternehmer_innen streben nach Entbürokratisierung und vor allem danach, dass Korruption und Erpressungen durch Finanz- und Aufsichtsbehörden ein Ende haben. Sie fordern die Schaffung von gleichen Bedingungen für Unternehmen und öffentliche Ausschreibungen. Das mangelnde Eingreifen der zentralen Regierungsorgane in diese Richtung führt dazu, dass sich regierungskritische Einstellungen in den untersuchten Gebieten verstärken.

Proukrainische Aktivist_innen als ein Destabilisierungsfaktor

Während der politischen Instabilität im Frühjahr 2014 und der nachfolgenden Offensive der ukrainischen Armee im Sommer spielten die selbstorganisierten proukrainischen Aktivist_innen eine treibende Rolle. Sie zeigten, dass die Ukraine als Staat nicht nur von den Sicherheitsorganen verteidigt wird, sondern dass es eine originäre patriotische Zivilgesellschaft gibt, die breit im Land verankert war und ist.

Bis zum Frühling 2015 traten allerdings auch andere, wohl nicht beabsichtigte (Neben-)Folgen dieser Aktivitäten zutage. Militärische Gruppierungen, die versuchen, Probleme auf gesetzwidrige, revolutionäre Art zu lösen und revolutionäres Verhalten ins Alltagsleben transferieren, rufen entweder Gereiztheit – so in Charkiw und Odessa – oder Ironie – so in Dnipropetrowsk – bei den Bewohner_innen hervor. Das gilt vor allem für die Tätigkeit von halboffiziellen bewaffneten Gruppierungen. Die wohl ungenehmigte Demontage von kommunistischen Denkmälern, das Patrouillieren von bewaffneten Personen in Tarnanzügen an belebten Orten und die Fahrt mit Autos (darunter Militärfahrzeugen) ohne Nummernschilder in den Zentren von Großstädten rufen eine offensichtliche – aber vorläufig erst einmal stille – Unzufriedenheit bei der Bevölkerung hervor. Der unklare Status dieser Gruppierungen und ihre nachsichtige Behandlung durch die Miliz und den ukrainischen Geheimdienst schaffen Raum für Missbrauch. Dieser tritt nicht nur als Problem bei der Verteilung von Spenden zu Tage, die für und von Vertreter_innen dieser Gruppen gesammelt werden.

So gebe es in Odessa derzeit sechs verschiedene bürgerchaftliche »Selbstverteidigungs-Einheiten«, die sich mit dem »Schutz« von sogenannten Naliwajki – das sind Orte, an denen illegal mit Spirituosen gehandelt wird – und anderen illegalen Geschäften befassen, sagt die Pressesprecherin der »wahren« Selbstverteidigung (»Sammooborona«), Wiktorija Sibir. Es kam sogar vor, dass eine dieser sechs »Selbstverteidigungen« zur Auflösung einer Kundgebung von Bewohner_innen eingesetzt wurde, die gegen illegale Bebauungen protestierten. Die »freiwilligen« Gruppierungen, die der Oligarch Ihor Kolomojsky finanziert, nahmen in Odessa an der halblegalen oder illegalen Übernahme eines großen lokalen Ölkombinats teil.

Die zentralen ukrainischen Behörden verstehen zwar insgesamt die von solchen Gruppierungen ausgehende Gefahr, allerdings werden die Maßnahmen, die auf die Herstellung der Disziplin in diesen Gruppierungen sowie auf ihre Aufnahme in die reguläre Armee oder Sicherheitsorgane gerichtet sind, nur sehr langsam realisiert. Die Entscheidung über das Fahrverbot von Autos ohne Nummernschilder wurde zum Beispiel vom Innenminister Arsen Awakow erst am 4. Mai 2015 getroffen, als von

»Freiwilligen« während eines Raubüberfalles zwei Polizisten in Kiew getötet wurden.⁶

Jedoch hören die radikalen Gruppierungen nicht auf, Probleme zu machen. Am 12. Juli 2015 setzten Mitglieder des »rechten Sektors« im westukrainischen Mukachevo mehrere Polizeiwagen in Brand, als sie versuchten, in das Anwesen des örtlichen Parlamentsabgeordneten Michailo Lanyo einzudringen. Diesem wird die Kontrolle über den örtlichen Schmuggel nachgesagt. Bei der anschließenden Schießerei kamen drei Menschen ums Leben, 14 wurden verletzt.

Passivität der Bildungsbürger_innen und Studierenden

Ein gemeinsamer Topos für die untersuchten Städte ist der hohe Anteil von Akademiker_innen, die dennoch politisch passiv sind. Gleichzeitig bedeutet das keineswegs, dass diese Bevölkerungsgruppen keine politischen Meinungen haben. Aber welche Anschauungen das sind und was die Akademiker_innen dazu bringen könnte, ihren politischen Willen zu artikulieren – zum Beispiel, an Wahlen teilzunehmen, was insbesondere für Charkiw aktuell ist –, ist eine offene Frage für alle politischen Kräfte, sowohl für proukrainische als auch für prorussische. Für die proukrainischen Aktivisten wird jedoch eine solche große Anzahl gut ausgebildeter, aber passiver Bewohner zu einer Herausforderung, wenn es nicht gelingt, diese Leute für die eigene Sache zu mobilisieren. Die prorussischen Aktivist_innen diskutieren diese Frage der Mobilisierung eines brach liegenden Potenzials hingegen nicht. Sie glauben, dass ihre potentiellen politischen Anhänger_innen bisher lediglich durch repressive Maßnahmen eingeschüchtert wurden und dass sie an sich die russischen »Befreier« mit Freude begrüßen würden.

Ohne tiefere Diskussionen über die vermutlichen Anschauungen der gut ausgebildeten, aber politisch passiven Bewohner_innen zu führen, ist zu vermuten, dass das Verhalten dieses Bevölkerungsteils zu einer raschen Wende der Situation führen kann – sollte sich die Gesellschaft unter Krisenumständen schnell polarisieren, was, zum Beispiel, im Zusammenhang mit den aktuell durchzuführenden wirtschaftlichen Reformen oder im Fall einer

militärischen Verteidigung der jeweiligen Stadt der Fall wäre. Dabei führten die bereits vorhandenen Fälle des »Aufwachens« seitens der passiven Bewohner_innen bislang eher zur Unterstützung der proukrainischen Seite – zum Beispiel während der Kundgebung gegen Wiktor Janukowitsch und den Kongress der Abgeordneten aus den östlichen Regionen in Charkiw im Februar 2014 oder während der blutigen Ausschreitungen in Odessa am 2. Mai. Die prorussische Seite kann jedoch unter gewissen Umständen in Charkiw und Odessa mindestens ein paar tausend Menschen mobilisieren, was sich im Frühling 2014 deutlich zeigte.

Dennoch ist die Anzahl sowohl proukrainischer als auch prorussischer Aktivist_innen inklusive ihre Unterstützungsgruppen begrenzt. In Charkiw stellen die insgesamt 230 000 bis 260 000 Studierenden 15 bis 17 Prozent der Einwohner_innen. Dabei sind nicht mehr als 300 Personen gesellschaftlich und politisch aktiv. Ein wesentlich größeres Interesse zeigte sich nach Einschätzungen der Gesprächspartner_innen im Jahr 2014 in verschiedenen freiwilligen Tätigkeiten, die mit der Unterstützung der Ukrainischen Armee im Krieg gegen die prorussischen Separatisten und von Flüchtlingen verbunden waren.

In diesem Zusammenhang genießen die Vertreter_innen der ehemaligen »Partei der Regionen« weiterhin Ansehen bei der Wählerschaft. Dies bestätigte noch einmal – wie schon der Ausgang der vorgezogenen Parlamentswahl im Oktober 2014 – der Sieg des ehemaligen Fraktionsvorsitzenden der »Partei der Regionen« im Stadtrat von Odessa, Gennadi Truchanov, der am 27. Mai zum Bürgermeister der Stadt gewählt wurde. Er schlug überzeugend den Vertreter der alten »orangenen« Kräfte, den ehemaligen Bürgermeister von Odessa Eduard Gurwiz.

Besonderheiten der prorussischen Organisationen

Ein wichtiger Aspekt bei der Durchführung der Studie war, dass die proukrainischen Aktivist_innen in den untersuchten Städten offen handeln und nicht nur die Unterstützung lokaler Behörden, sondern auch des ukrainischen Geheimdienstes haben. Deshalb waren sie eher bereit, in Interviews offen Auskunft zu geben. Im Gegensatz dazu sind die prorussischen Aktivist_innen unter systematischen Druck durch den Geheimdienst der Ukraine und werden offensichtlich nicht von den lokalen

6. http://society.lb.ua/life/2015/05/04/303885_avakov_zapretil_nakleyki_ptnph.html (abgerufen am 2.9.2015).

Eliten unterstützt. Die Beziehungen dieser Aktivist_innen zu ehemaligen Vertreter_innen der »Partei der Regionen« haben einen neutralen Charakter; ihre Erinnerungen an Wiktor Janukowitsch sind aber ausschließlich negativ. Trotz der Infiltration der prorussischen Bewegung, teilweise auf dem Niveau von Organisationsleiter_innen, durch Agenten des Geheimdienstes der Ukraine ist offensichtlich, dass der legale Teil der Bewegung – und damit die Personen, mit denen die Treffen während der Reise stattfanden – eng mit seinem illegalen Teil verbunden ist. Dieser illegale Teil ist wahrscheinlich wesentlich größer als der legale, auf jeden Fall in Charkiw und Odessa. Durch ihr Agieren in der Illegalität sind die prorussischen Organisationen schwieriger zu analysieren als die proukrainischen.

Die Rolle der russischen Sprache und der Ukrainisierung der Städte

Ein wichtiger und als sehr kompliziert wahrgenommener und diskutierter Faktor ist die Rolle der russischen Sprache in den untersuchten Städten. Die Betonung auf »Städte« ist hier besonders wichtig, weil in allen diesen Regionen ein großer Anteil der Landbevölkerung ukrainischsprachig ist, während in den untersuchten Städten große Teile der Bevölkerung russischsprachig sind. In der Oblast Charkiw befinden sich diese ukrainischsprachigen Regionen im Norden und im Westen der Verwaltungseinheit; in der Oblast Dnipropetrowsk gilt dies für fast alle ländlichen Gebiete; in der Oblast Odessa betrifft das die nördliche Hälfte der Region. Bei dieser Bevölkerungsgruppe ist eine intensive Landflucht zu beobachten. Die Hauptgründe liegen in der Industrialisierung, den besseren Verdienstmöglichkeiten in den großen Städten der Oblaste und der hohen Arbeitslosigkeit in den ländlichen Regionen, weil die landwirtschaftlichen Betriebe immer effizienter werden. Die Landflucht betrifft insbesondere die Jugend. So lebt in den Bildungszentren Charkiw und Odessa eine große Anzahl von jungen, im wesentlichen ukrainischsprachigen Studierenden und Jugendlichen. Ein weiterer wichtiger Faktor ist der Gebrauch der ukrainischen Sprache in russischsprachigen Schulen und Kindergärten. Sie bringt der Bevölkerung, insbesondere der jüngeren Generation, ausreichende Sprachkenntnisse bei, um die Kommunikation mit ukrainischsprachigen Landsleuten sowie das Verfolgen von Nachrichten auf Ukrainisch zu erleichtern.

Insgesamt führt das zu einer allmählichen sprachlichen Ukrainisierung der Großstädte – wobei einige ausgebildete und proukrainische Gesprächspartner allerdings von einer »Surschykoisierung«⁷ sprechen. Die Ukrainisierung wurde besonders dadurch angetrieben, dass es bei den proukrainischen Aktivisten des Ostens und des Südens offensichtlich Mode wurde, zumindest in der Öffentlichkeit Ukrainisch zu sprechen. Einer der radikalen proukrainischen Aktivisten (nach Eigenaussage stammt er aus einer ausschließlich russischsprachigen Familie) spricht beispielsweise grundsätzlich ausschließlich Ukrainisch.

Andererseits ist die Zahl von tatsächlich und alltäglich Russisch sprechenden Bewohner_innen in diesen Städten sehr groß. In der Realität verläuft die gesamte alltägliche Kommunikation auf Russisch, einschließlich der Versammlungen und Aktionen der proukrainischen Aktivisten. An den Hochschulen wird überwiegend auf Russisch unterrichtet.⁸ Ähnlich verhält es sich mit Schulen und Kindergärten, wobei der Zuwachs an ukrainischsprachigen Schulen und Kindergärten nach einem drastischen Sprung in den 1990er Jahren relativ niedrig ist. Unter den proukrainischen Aktivist_innen gibt es sogar viele ethnische Russ_innen und Kinder aus gemischten Familien. Mindestens zwei der befragten proukrainischen Aktivist_innen sind Bürger_innen der Russischen Föderation. Ein Teil der proukrainischen Aktivist_innen bekannte sich dazu, dass sie Schwierigkeiten damit haben, auf Ukrainisch aufzutreten oder sich gar auf Ukrainisch im Alltagsleben zu unterhalten. Ein Aktivist bekundete sogar, dass er überhaupt nicht Ukrainisch beherrsche. Andererseits spricht ein Teil der prorussischen Aktivisten vornehmlich ukrainisch.

Die Schwierigkeit in der Frage der Selbstidentifizierung, eine real existierende Zweisprachigkeit der Mehrheit der Bewohner_innen, umfassende Möglichkeiten zur Entwicklung der russischen Sprache und eine langsame, von

7. Surschkyk – eine Gruppe der Dialekte der ukrainischen Sprache, die viele Entlehnungen aus dem Russischen und eigene Ausdrücke sowie Sprachkonstruktionen umfasst. Surschkyk dehnt sich überall in der östlichen und südlichen Ukraine aus. Unterschiedliche Varianten des Gebrauchs von Surschkyk in Kombinationen mit der russischen Sprache und mit der ukrainischen Umgang- oder Literatursprache sind sehr verbreitet. Surschkyk gilt bei ukrainischen ebenso wie bei russischen Intellektuellen als »falsche Mundart«, die ihren Trägern ausgetrieben werden muss, insbesondere bei denjenigen, die eine Hochschulausbildung beenden möchten.

8. Es gibt ukrainischsprachige und russischsprachige Hochschulen für Geisteswissenschaften; die technische Hochschulausbildung findet jedoch überwiegend auf Russisch statt. Dies ist unter anderem auf terminologische Lücken in der ukrainischen Sprache zurückzuführen.

der Jugend ausgehende Ukrainisierung der Bevölkerung führen dazu, dass die russische Propaganda über die angebliche Diskriminierung der Russ_innen oder der Russischsprachigen unter den Bewohner_innen keinen wesentlichen Anklang findet, auch wenn die prorussischen Aktivist_innen diese Argumente ständig wiederholen.

Allerdings kann diese scheinbare Ruhe in der Sprachenfrage leicht erschüttert werden. Mindestens zum Teil wird diese Frage durch die ukrainische Gesetzgebung geregelt. So werden praktisch alle öffentlichen Werbeschriften auf Ukrainisch angebracht. Amtliche Informationen werden ebenfalls ausschließlich auf Ukrainisch veröffentlicht. Die prorussischen Aktivist_innen beklagen sich darüber, dass alle Gerichts- und Ermittlungsunterlagen (einschließlich der Klageerhebung) einzig auf Ukrainisch als der Amts- und Gerichtssprache zusammengefasst werden. Es sei hier nur erwähnt, wie effektiv im Donbass-Raum von der russischen und prorussischen Propaganda im März 2014 die Sprachenfrage benutzt wurde, als die neue Regierung das Sprachengesetz aufheben wollte, was schließlich nicht umgesetzt wurde.⁹

Obwohl der größere Teil der proukrainischen Aktivist_innen aufgrund der Zweisprachigkeit erklärt, dass es kein Problem in der Sprachenfrage gibt, sagte eine der proukrainischen Aktivist_innen, dass die Behauptungen des Präsidenten Petro Poroschenko über die Existenz einer einzigen Amtssprache in der Ukraine zumindest merkwürdig seien. Der Präsident erklärte dies in einer Situation, als im Osten des Landes überwiegend russischsprachige Bewohner das Land verteidigten und viele dabei ums Leben kamen. Dabei ist erwähnenswert, dass Alltags-Vorschriften (»Wasserhahn nicht schütteln!« in einem öffentlichen WC oder »Gespandete Sachen sollen gewaschen werden!«) in aller Regel landesweit auf Russisch geschrieben werden.

9. Die Regierung Wiktor Janukowitsch hatte 2012 ein Sprachengesetz erlassen, durch das eine Sprache zu einer offiziellen Regionalsprache erhoben werden kann, wenn mindestens zehn Prozent der Bewohner_innen Muttersprachler_innen sind. Davon profitierten besonders die Russisch-Sprachigen.

Politische Folgen der Fußball-Europameisterschaft 2012

Die Fußball-Europameisterschaft ist auch heute noch für die Region von großer Bedeutung. Im Laufe bzw. im Vorfeld der Fußball-Europameisterschaft konnten einige der Städte des Südens und Ostens der Ukraine nicht nur ihre Stadien und Sportkomplexe, sondern auch ihre Infrastruktur erneuern. Es wird daher an diese Zeiten wie an eine »goldene Epoche« erinnert, die Hoffnungen auf eine solide Entwicklungsperspektive machte. Die Fußball-Europameisterschaft trug nicht nur zum Zuwachs und der Konsolidierung der »Ultras«, also fanatischer Fangruppen bei – die in die Freiwilligen-Bataillone transformiert wurden und werden –, sondern auch zur Verbesserung des Ansehens solcher Politiker und Geschäftsleute, die die Durchführung des Turniers förderten und die Verantwortung vor Ort trugen.

Ein interessanter Nebenaspekt betrifft in diesem Zusammenhang die ehemalige Ministerpräsidentin Julia Timoschenko und ihr politisches Scheitern im Wahlkampf um das Präsidentenamt 2010, so die Gesprächspartner_innen in Dnipropetrowsk. Als sie Ministerpräsidentin war, distanzierte sie sich aus politischen Gründen von der regionalen Elite in Dnipropetrowsk und trug somit unter anderem dazu bei, dass ihre Heimatstadt nicht Spielort der EM wurde. Dies führte dazu, dass ihr Rückhalt bei den Wähler_innen der Region zurückging, was sich auf die Resultate der folgenden Präsidentenwahlen auswirkte. In Dnipropetrowsk gewann Wiktor Janukowitsch, was letztlich mit ausschlaggebend für seinen Wahlsieg 2010 war, da sich die Wahlergebnisse der beiden Kandidaten landesweit nicht wesentlich unterschieden.

Rolle der religiösen Organisationen

Ungeachtet dessen, dass die Ukraine ein multikonfessionelles Land ist, spielt im religiösen Bereich des Ostens und Südens der Ukraine die Ukrainisch-Orthodoxe Kirche Moskauer Patriarchats (UOK-MP), die ein Teil der Russisch-Orthodoxen Kirche (ROK) ist, die führende Rolle. Die Strukturen der Ukrainisch-Orthodoxen Kirche Kiewer Patriarchats – UOK-KP, die alternative ukrainische Denomination, die seit 1992 existiert und von der ukrainischen politischen Klasse in Kiew sowie von der Bevölkerung der westlichen Regionen des Landes aktiv unterstützt wird – bestehen in den untersuchten Regi-

onen, sind aber sehr schwach. In Charkiw gibt es zum Beispiel nur zwei Gemeinden der UOK-KP. Die größere dieser Gemeinden mit etwa 200 Mitgliedern ist bereits über 20 Jahre ein Zentrum proukrainischer Intellektueller. Insgesamt gibt es in der Oblast Charkiw nicht mehr als sieben real existierende Gemeinden der UOK-KP bei 17 offiziell registrierten Gemeinden. Im Vergleich sind dies etwa 15 bis 30 Prozent der Anzahl der Gemeinden der UOK-MP.

Dabei ist die Haltung der UOK-MP nicht eindeutig »anti-ukrainisch«. In den verschiedenen Gemeinden kann die politische Haltung sehr unterschiedlich sein. Während in Charkiw und in Dnipropetrowsk die UOK-MP im Allgemeinen in Bezug auf das aktuelle politische Geschehen neutrale Stellungnahmen abgibt, spielte die UOK-MP in Odessa eine der zentralen Rollen in der Organisation der prorussischen Opposition. Dies hängt sowohl mit der Rolle des Leiters der Eparchie, des Metropoliten Agafangel, der während der letzten Jahrzehnte bereits öffentlich prorussische Meinungen und Großmachtambitionen äußerte, als auch mit der Stellungnahme zahlreicher orthodoxer Aktivisten der Stadt zusammen, die den prorussischen Kräften eindeutige Sympathie entgegenbrachten.

Eine wesentliche Rolle in den untersuchten Städten spielt auch die jüdische Gemeinde. Charkiw, Dnipropetrowsk und Odessa waren traditionell die wichtigsten Zentren des ukrainisch-russischen Judentums. Ungeachtet des Holocausts und der Massenauswanderung der jüdischen Bevölkerung in den 1970er und 1990er Jahren verblieben in diesen Städten noch Tausende, wenn nicht Zehntausende Personen mit jüdischer Identität, darunter auch viele Personen mit einer neu erwachenden jüdischen Identität. Die wachsende Bedeutung der Gemeinden für das städtische gesellschaftspolitische Leben wird ergänzt durch die Tatsache, dass in allen genannten Regionen Juden entweder Bürgermeister (in Charkiw Gennadi Kernes, in Odessa Eduard Gurwiz) oder Gouverneure (in Dnipropetrowsk Ihor Kolomoisky; der ehemalige Gouverneur der Oblast Charkiw, Michail Dobkin, ist ein orthodox getaufter Jude) stellten.

Teil 2: Die Situation in den einzelnen Städten

1. Charkiw

Charkiw ist mit 1,45 Millionen Einwohnern die zweitgrößte Stadt der Ukraine und ihre ehemalige Hauptstadt. Das Industriezentrum ist in erster Linie mit dem Bau schwerer Transportmaschinen, der Energiewirtschaft und der Rüstungsindustrie verbunden. Als eine Besonderheit der Stadt gilt ihre Rolle als zweitgrößtes Bildungs- und Wissenschaftszentrum nach Kiew. Der dritte Faktor, der die Bedeutung der Stadt ausmacht, ist ihre Rolle als Transit-, Handels- und Dienstleistungszentrum des großen Nordostteils der Ukraine. Die Stadt hat ein historisches Zentrum mit großer architekturgeschichtlicher Bedeutung. Das Zentrum wurde überwiegend in der zweiten Hälfte des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts bebaut und wird durch die U-Bahn-Linien mit den großen Bezirken aus der Zeit der Sowjetunion verbunden, die sich rund um die größten Maschinenbauwerke konzentrieren. In den 1990er und 2000er Jahren verlor die Stadt wegen der Emigration vieler jüdischer Bürger nach Israel und in die USA und vieler russischer Bürger vor allem in die russische Nachbarstadt Belgorod sowie wegen der hohen Sterberate etwa 10 Prozent ihrer Bevölkerung. Seit 2010 nimmt die Bevölkerung allerdings wieder zu.

Prorussische Kräfte in Charkiw

Die Konfrontation zwischen den aktiv prorussischen und proukrainischen Bevölkerungsteilen war ein markanter Aspekt der politischen Ereignisse im Frühling 2014. Gegenwärtig ist diese Konfrontation jedoch kein Kernproblem mehr in Stadt und Oblast.

Die prorussische Bevölkerung und ethnische Russ_innen sind in der Stadt Charkiw und in der dazugehörigen Oblast zahlenmäßig stark vertreten. Unmittelbar in der Stadt stellen sie einen Teil der Intellektuellen – z. B. die Lehrkräfte der Hochschulen –, der Arbeiter_innen aus den »Schlafbezirken«, sowie vieler Flüchtlinge aus dem Donbassraum. Auf dem Territorium der Oblast wohnen Russ_innen vor allem in der Stadt und dem Gebiet Tschuhujiw. Dort bilden ethnische Russ_innen die Bevölkerungsmehrheit seit Anfang des 19. Jahrhunderts.¹⁰

10. In den 1920er Jahren war der Rajon Tschugujew eine Sonderverwaltungseinheit, ein »russischer nationaler Rajon«.

Außerdem wohnen in der Stadt zahlreiche pensionierte Militärs aus nicht mehr existierenden Einheiten der ehemaligen sowjetischen Garnison.

Jedoch wurden die Aktivitäten prorussischer Kräfte im Wesentlichen durch Anstrengungen des ukrainischen Geheimdienstes SBU gebremst. Nach den Worten eines hiesigen Interviewpartners nahm der lokale Personalbestand des Geheimdienstes im Unterschied zu Donezk und Lugansk im März 2014 eine eindeutige, proukrainische Haltung ein: »Sie setzten sich zusammen, diskutierten, sangen die Staatshymne und setzten ihre Arbeit fort«, so wörtlich.

Als am 1. Mai 2014 das Oblastverwaltungsgebäude nach dem damals für die Region typischen Szenario von einer ungefähr tausendköpfigen Menschenmenge, bestehend aus Kämpfern der militanten Organisation »Oplot« (»Bollwerk«), Anhängern der Kommunistischen Partei der Ukraine, Afghanistan-Veteranen, die in Kolonnen aus einer Versammlung im Nachbargebäude marschierten, pensionierten Militärangehörigen und Unbekannten, die in mindestens fünf Bussen mit russischen Nummernschildern kamen, erstürmt wurde,¹¹ erwies sich die ihnen entgegensetzende Haltung des Geheimdienstes sowie der Stadtverwaltung als ausschlaggebend für die Situation. Zu diesem Zeitpunkt spielten die proukrainischen Aktivist_innen anders als in Odessa keine Schlüsselrolle. Die Anzahl der von ihnen mobilisierten Anhänger_innen war gering. Diese bestanden hauptsächlich aus nicht in Charkiw geborenen Studierenden.

Organisierte und legale prorussische Aktivitäten zeigen sich derzeit nur noch durch einige kleinere Organisationen, wie das Oblastkomitee der Kommunistischen Partei der Ukraine in Charkiw, die Organisationen »Verband der sowjetischen Offiziere«, »Ishod« und »Frauen für Frieden«. Diese Gruppen sind allerdings unter Druck geraten. In der Stadt gibt es auch einen terroristischen Untergrund, der den gemeinsamen Namen »Charkiwer Partisanen« trägt. Der Kern dieses Untergrunds ist die teilweise vor Ort ausgehobene, teilweise nach Russland und in die »Volksrepublik Donezk« (VRD) geflüchtete Organisation »Oplot« Zum einen Teil bestand diese

Organisation aus Vertretern der Bewegung von Afghanistan-Veteranen. Zum anderen Teil bestand sie aber aus ehemaligen Milizionären, die an kriminellen und geschäftlichen Aktivitäten beteiligt waren und einigen Angaben nach mit dem »Tandem« verbunden waren, das der Bürgermeister Gennadi Kernes und der Oblast-Gouverneur Michailo Dobkin bildeten.¹² Es ist offensichtlich, dass die legalen und illegalen Teile der prorussischen Aktivist_innen ziemlich eng miteinander verbunden sind.

Gegenwärtig sind insgesamt etwa 100 Personen verhaftet, die »terroristischer Aktivitäten« sowie anderer krimineller Handlungen, einschließlich der Beteiligung an der Verprügelung der Euromaidan-Aktivisten im März 2014, angeklagt werden. Die Verhaftungen kleinerer Gruppen, die Personen aus dem von der VRD und der »Volksrepublik Luhansk« (VRL) kontrolliertem Gebiet einschließen, setzten sich auch im April und Mai 2015 fort. Die genaue Anzahl der verhafteten Personen ist bisher unbekannt. Vertreter_innen dieses Kreises sind Leiter_innen der Organisation »Ishod« – eine kleinere Organisation der »Antimaidaner«, die im Herbst 2014 gegründet wurde, regierungskritische Straßenkundgebungen durchführte und das Lenin-Denkmal schützte –, darunter Natalja Demina und die Erste Sekretärin der Kommunistischen Partei der Ukraine, Alla Archangelskaja.¹³ Bekannt ist nur, dass der Großteil der Verhafteten unter Anklage wegen Gewaltdelikten gegen »Euro-Maidaner« und der Mitbeteiligung an der Stürmung des Verwaltungsgebäudes ins Gefängnis kam. Die jüngsten Verhaftungen hingen mit »terroristischen Aktivitäten« in der Stadt zusammen; dazu gehören der Sprengstoffanschlag auf die proukrainischen Kundgebung am 2. Februar 2015, bei dem vier Menschen starben, und unerlaubter Waffen- und Munitionsbesitz. Ein kleiner Teil der Verhafteten wird ihrem Wunsch nach gegen ukrainische Bürger_innen

11. Es hat sich bald herausgestellt, dass die russische Flagge auf dem Verwaltungsgebäude der Bewohner der Moskauer Umgebung, ein Mitglied der russischen Pro-Putin-Jugendbewegung »Mestniie« (»die Hiesigen«), hisste. Dieser Aktivist trat unter Pseudonym Mika Ronkainen auf: http://www.bbc.co.uk/russian/russia/2014/03/140304_russia_activist_kharkiv_roikainen_interview (abgerufen am 2.9.2015).

12. Die Organisation »Oplot« scheint tief mit russischen Geheimdiensten verbunden zu sein, denn der Leiter dieser Organisation, Ewgeni Zhilin, war für die Waffenlieferungen aus der Oblast Rostow in den Donbass-Raum 2014 verantwortlich.

13. Die Führungsperson der Organisation »Ishod« Oleg Nowikow, ein ehemaliger Beamter des Bezirksrates in Charkiw, und mindestens noch eine Aktivistin, Swetlana Doronina, wurden wegen illegalen Waffenbesitzes verhaftet. Gegen Natalja Demina, eine Unternehmerin, die eng mit der Gruppe der prorussischen Afghanistan-Veteranen verbunden ist, die das Oblastverwaltungsgebäude erstürmten, läuft ein Ermittlungsverfahren auf Grund einer in der Wohnung ihrer Eltern gefundenen Granate. Der Sohn von Alla Archangelskaja, ein Jurist, einer der Organisatoren des Lenin-Denkmal-Schutzes durch das Oblastkomitee der Kommunistischen Partei der Ukraine, flüchtete nach Belgorod, »weil ihn sein Freund anrief, der sofort verhaftet wurde« (so Archangelskaja) oder »weil es eine Videoaufnahme gibt, wo er Maidan-Aktivisten mit Füßen trat, die die Antimaidaner aus dem Oblastverwaltungsgebäude herausführten« (so ihre Gegenspieler_innen).

im Gewahrsam der VRD und der VRL ausgetauscht. Die restlichen erwarten vorläufig den Abschluss der Ermittlungsverfahren und Gerichtsverhandlungen.

Ein größerer Teil der »Antimaidan«-Aktivisten flüchtete nach Russland aufgrund von gegen sie eröffneten Strafverfahren wegen Gewaltdelikten und wegen »Agitationstätigkeit« für die Gründung einer Volksrepublik Charkiw. In Moskau gehören Charkiwer_innen, vor allem die Netzaktivisten Konstantin Dolgow und Oksana Schkoda, zu den wirkungsmächtigsten Teilen des ukrainischen »Antimaidan«-Emigrant_innen. Der Einfluss dieser Emigrant_innen auf die politische Situation in der Stadt Charkiw selbst wird allerdings von allen Konfliktseiten als sehr niedrig eingeschätzt.

Es ist nicht zu erwarten, dass die oben genannten prorussischen Organisationen und Aktivist_innen in der gegenwärtigen politischen Situation bedeutende Bürger_innengruppen zur Teilnahme an Kundgebungen mobilisieren können. Die Mitglieder sind nicht mehr zahlreich genug und verfügen nur noch über beschränkte Aktionsmöglichkeiten. So wurde beispielsweise am 9. Mai 2015, dem Tag des Sieges über das Deutsche Reich, die Gedenkaktion der Kommunistischen Partei der Ukraine und mit ihr verbundener Organisationen, an der lediglich einige Dutzend Menschen teilnahmen, durch Charkiws größte proukrainische Straßen-Organisation »Gromadska Warta« – die ebenfalls nur einige Dutzende von Aktivisten umfasst – blockiert.¹⁴

Es ist allerdings durchaus möglich, dass ihr Einfluss im Falle einer schweren Wirtschaftskrise oder wegen sozialer Probleme zunimmt oder dass neue prorussische Organisationen auftauchen, die von bisher noch nicht bekannten Führungspersonen aus dem lokalen Hochschul- oder Milizmilieu geleitet werden.

Einschätzung der Rolle von Gennadi Kernes als Bürgermeister und Ausblick auf die anstehenden Kommunalwahlen

Die Kernprobleme der Stadt im Winter und Frühling 2014/15 waren die sichtbare Armut der Bürger_innen, die schwierige Lage der Wirtschaftsbetriebe sowie die

14. <http://www.segodnya.ua/regions/kharkov/v-harkove-patrioty-progonyali-kommunistov-i-prorossiyski-nastroennyh-devushkek-614526.html> (abgerufen am 1.9.2015).

geringen Aussichten auf neue, größere Investitionen in Charkiw. Alle diese Probleme hängen mit dem traditionellen System des Regierens und Verwaltens der Stadt zusammen.

Diese Umstände tragen zu einer prorussischen Stimmung bei, insbesondere im Vergleich zu der nahen und wirtschaftlich recht gut dastehenden russischen Stadt Belgorod. Bis zum Beginn der militärischen Auseinandersetzungen in unmittelbarer Nähe kamen beispielsweise die Bewohner_innen von Belgorod regelmäßig nach Charkiw, nicht nur, um Einkäufe auf dem »Barabaschowo«, dem »größten Markt Osteuropas«, zu machen, sondern auch wegen der in Charkiw günstigeren Dienstleistungen wie Friseur- oder Zahnarztbesuche. Wegen der Auseinandersetzungen ist dieser Zufluss von Kaufkraft vorerst weggefallen.

Bei alledem verfügt Charkiw an sich über ein recht großes Wachstumspotenzial. Dies zeigt sich durch das Bevölkerungswachstum, gut ausgebildete Fachleute vieler Fachrichtungen und viele Hochschulinstitute, die zum Teil führend im innerukrainischen Vergleich sind. Zudem ist Charkiw die einzige Großstadt auf dem großen, sehr landwirtschaftlich geprägtem Gebiet der Nordostukraine und somit das Zentrum dieses Landesteils.

Ein großes Hindernis bei der Entwicklung weiterer Perspektiven der Stadt stellt aber das vom Bürgermeister Gennadi Kernes und der Gruppe seiner Anhänger errichtete System der Stadtverwaltung und -kontrolle dar. Die letztlich auf (teil-)kriminelle Art und Weise erzielte politisch-finanzielle Rendite, die aus Kickback-Zahlungen im Finanzsystem der Stadtwirtschaft und aus der inoffiziellen Besteuerung von Geschäftsleuten stammt, hat sich durch die Kontrolle über viele örtliche Medien, Stimmenkauf sowie die Kontrolle über die Stimmen der »Budschetniki«¹⁵ weiterentwickelt. Dies gewährleistet Gennadi Kernes gegenwärtig gute Aussichten für die kommenden Kommunalwahlen.

Um einzuschätzen, wie das System Kernes funktioniert, seien drei Beispiele angeführt. Erstens erhalten einige subalterne städtische Angestellte, darunter Vertreter_innen der Sicherheits- und Justizorgane, außer ihren Gehältern noch regelmäßige versteckte Zahlungen von der politischen Führung der Stadt. Als Gegenleistung sind

15. Angestellte, die ihren Lohn aus dem städtischen Haushalt beziehen.

sie dazu gehalten, ihren Pflichten im Allgemeinen korrekt nachzukommen und das Gesetz ausschließlich auf direkte Weisung der Verwaltungsleitung zu verletzen, etwa bei gesetzeswidrigen Eigentums- oder Grundstücksübertragungen. Zweitens gibt es auf der Ebene der Verwaltungsorgane der Stadtbezirke sogenannte Tituschki-Truppen, die in Bezirkssportklubs organisiert werden und die sowohl zur Ausübung von Druck auf geschäftliche Konkurrenten als auch zum Angriff auf Kundengebungen ziviler Aktivist_innen eingesetzt werden – auch auf Kundengebungen gegen den Ausbau einer Straße oder gegen das Fällen von Bäumen. Drittens sind Kickback-Zahlungen von Schuldirektoren über den Leiter des Bildungsreferats an die Stadtverwaltung zu leisten – als Gegenleistung für die ungestörte Ausübung dieses traditionell mit einträglichen Nebenverdienstmöglichkeiten verbundenen Amtes.

Die Ereignisse 2014/15 scheinen die Bedeutung von Kernes und seines System zur Gewährleistung der politischen Stabilität in der Stadt bestätigt zu haben. Allerdings spricht diese dargestellte Technik der Machtausübung gegen eine Stabilität auf lange Sicht. Sie lässt die Stadt ohne jede Chance auf Investitionen von außen und beschränkt im höchstmöglichen Maße die Entwicklung jeglicher vom Bürgermeister unabhängiger Geschäfte und hält die Stadt somit auch baulich in einem Zustand der »halben Zerstörung«. So sind die Straßen im Zentrum von Charkiw in einem schlechten Zustand, im Stadtzentrum sind regelrechte Trümmerbauten zu finden, und die überwiegende Mehrheit von Gebäuden bedarf bereits seit Jahrzehnten dringend notwendiger Reparaturen. Im Ergebnis verbindet die Bevölkerung die vor Augen geführte »Aussichtslosigkeit« der örtlichen Situation mit der allgemein in der Ukraine angewandten Herrschaftstechnik und droht deswegen das Vertrauen in mögliche positive Änderungen zu verlieren.

Es ist gegenwärtig unmöglich, dieses örtlich dominierende System ohne den starken politischen Willen Kiew zu verändern. Möglich ist, dass Kernes und seine Verbündeten, vor allem der ehemalige Oblastgouverneur Michail Dobkin, zwangsweise aus den Wahlkandidat_innenlisten auf Grund von laufender Strafverfolgung entfernt werden. So reichte die Generalstaatsanwaltschaft der Ukraine am 26. Mai 2015 eine Anklage gegen Kernes und seine Sicherheitsmänner wegen Entführung

und Misshandlung von Euromaidan-Aktivist_innen ein.¹⁶ Anfang Juni dieses Jahres verkündete Arsen Avakov, der Innenminister der Ukraine, die Verhaftung des Leiters des größten Charkiwer kommunalen Unternehmens »Zhil-KomSerwis« wegen Korruption in diesem Bereich und versprach, die Ermittlungen auf die Tätigkeit von Kernes auszudehnen. In diesem Fall würden andere Kandidat_innen mit hohem »Standing« in der Bevölkerung, darunter durchaus auch einige für Kiew annehmbare, in den Fokus für die Kommunalwahlen geraten.

Die wahrscheinlichsten Kandidat_innen sind:

Der Inhaber des bekanntesten Geschäfts in Charkiw – des größten ukrainischen Kleidungsmarktes »Barabashowo« – und vieler Supermärkte, Alexander Feldman. Feldman war Mitglied im Wahlblock von Julia Timoschenko und in der »Partei der Regionen«, ist Parlamentarier, Leiter der jüdischen Stadtgemeinde und Herausgeber der größten Stadtzeitung »Vremja« (»Die Zeit«). Trotz seiner Mitgliedschaft in der »Partei der Regionen« wird er in der Stadt als populär und im Großen und Ganzen positiv eingeschätzt. Allerdings würde seine Kandidatur Fragen hervorrufen, wie er seine Geschäfte und die Verwaltung der Stadt trennen wolle.

Ein einflussreicher Geschäftsmann in der Baubranche und im Bereich der Herstellung von Baumaterialien sowie ehemaliger Parlamentsabgeordneter – der dort immer eher mit den proeuropäischen Kreisen verbunden war – ist Alexander Jaroslawski. Er ist bekannt in der Stadt durch die von ihm verantwortete Renovierung des großen Stadions der Stadt und als ehemaliger Besitzer der lokalen Fußballmannschaft »Metallist«, einem ukrainischen Erstligaklub.¹⁷ Wegen eines Konflikts mit Kernes musste er die Stadt verlassen, »Metallist« einem Vertreter »der Mannschaft« von Ex-Präsident Janukowitsch überlassen und sein Geld daraus abziehen. Bei Umfragen belegt er den zweiten Platz für Bürgermeister_innenwahlen. Es gibt aber Zweifel, ob seine Rolle im Baugeschäft und seine mögliche Rolle als Bürgermeister zusammenpassen.

Drittens ist die Juristin und einflussreiche Geschäftsfrau im Audit- und Beratungsbereich, Inna Bogoslowskaja, eine ehemalige Parlamentsabgeordnete, zu nennen. Sie

16. <http://www.depo.ua/rus/politics/kernes-otvetil-shokinu-delo-protiv-menya-eto-chernyy-piar--05032015153000> (abgerufen am 2.9.2015).

17. <http://dozor.kharkov.ua/file/yaroslavskiy/> (abgerufen am 2.9.2015).

änderte mehrfach ihre politische Orientierung und war lange Mitglied der »Partei der Regionen«. Im Unterschied zu den beiden zuvor genannten Kandidaten ist sie daher für die ehemalige »demokratische Opposition« und die heutigen Wähler_innen der Kiewer Zentralregierung nur mit Vorbehalten annehmbar.

Als einer der Leiter der kommunalen Unternehmen wird Juri Sapronow auch von proeuropäischen Kräften als ein möglicher und unkompromittierter Bürgermeisterkandidat eingeschätzt. Im Unterschied zu den anderen Kandidat_innen kennt er sich gut in den Interna der städtischen Wirtschaft aus.

Als ein weiterer Faktor des politischen Lebens der Stadt bleibt schließlich Arsen Avakov, der aktuelle Innenminister der Ukraine, zu nennen. Im Laufe der 2000er Jahre führte er gegen Kernes einen Kampf um den Status des informellen ersten Mannes in Region und Stadt, wobei er unter seiner Kontrolle stehende Banken und Medien eingesetzt. Der Kampf endete 2010 mit der Niederlage von Avakov und der Liquidation seines Geschäfts. Im politischen Milieu von Charkiw herrscht die Meinung vor, dass Avakov sein politisches Interesse an der Stadt seither nicht verloren habe, obwohl er derzeit aus rechtlichen Gründen wegen der Inkompatibilität der Ämter keine Möglichkeiten hat, selbst bei den Bürgermeister_innenwahlen zu kandidieren. Auch scheint er keine ihm genehme Kandidat_innen von Kiew aus aufzubauen. Sollte er sein Amt als Innenminister aufgeben oder es aus anderen Gründen verlieren, könnte er eventuell versuchen, alternativ den Posten des regionalen Gouverneurs zu beanspruchen.

Proukrainischer Aktivismus sowie proeuropäischer Diskurs in Charkiw

Proukrainische Gruppen sind im Vergleich zu den beiden anderen ausgewerteten Regionen und Städten in Charkiw am zahlreichsten, werden am besten koordiniert und erscheinen am breitesten aufgestellt.

Das Koordinationszentrum für die proukrainischen Kräfte ist der Runde Tisch »Graschdanskj Forum« (»Das Bürgerliche Forum«), deren sämtliche Mitglieder mehr oder weniger bedeutende Organisationen und NGOs aus der Stadt sind. Wie schon dargestellt, war eine Besonderheit von Charkiw eine relativ schwache Mobilisierung der

proukrainischen Kräfte während des Euro-Maidans – möglicherweise, weil ein Teil der Aktivist_innen Charkiw verließ, um in Kiew daran teilzunehmen. Dabei gab es in Charkiw an sich einen breiten Kreis Intellektueller sowie klein- und mittelständischer Unternehmer, der mit der bestehenden Lage unzufrieden war und diese Probleme mit der »Partei der Regionen« und ihrem Vorsitzenden in Charkiw, Gennadi Kernes, verband. Jedoch wurde diese »stille Reserve« im vollen Maße im Endstadium des Zusammenbruches der Herrschaft von Wiktor Janukowitsch eingesetzt, als es den Vertreter_innen der proukrainischen gesellschaftlichen Organisationen gelang, eine bedeutende Anzahl von Bürgern zu mobilisieren – nach unterschiedlichen Einschätzungen zwischen 15 000 und 20 000. Dies äußerte sich in einem Protestmarsch und in einer Kundgebung gegen den Kongress der »Partei der Regionen« am 22. Februar 2014. Als Ergebnis dieser Aktionen wurde der Kongress abgebrochen und Janukowitsch daran gehindert, seine Rede zu halten, woraufhin Janukowitsch sowie die Kongressveranstalter Michail Dobkin und Gennadi Kernes aus der Stadt flohen. Die nachfolgenden Ereignisse, darunter gewaltsame Auseinandersetzungen im Stadtzentrum zwischen proukrainischen und prorussischen Kräften, führten zur weiteren Mobilisierung der proukrainischen Seite, darunter zur Gründung der Organisation »Gromadska Warta« (»Gesellschaftliche Wache«) – der größten und aktivsten Gruppe, die Straßenproteste organisiert.

Der Kern dieser Organisation besteht aus Anhängern der pseudo-orthodoxen Predigerin Olga Assuljak, der Gründerin des religiösen und nach außen abgeschotteten Netzwerks »Schule des einheitlichen Prinzips«. Zu deren Haupttätigkeiten zählen das Bemalen von Brücken oder Zäunen mit den Farben der ukrainischen Nationalflagge, die Zerstörung von Denkmälern kommunistischer Funktionäre, insbesondere Lenins, Hilfeleistungen für die ukrainischen Grenzsicherheitstruppen, das Ausheben von Schützengräben, das Aufräumen und Instandhalten von Bombenkellern und andere Aktionen, die insbesondere die Jugend mobilisieren sollen.¹⁸ Der aktuelle Leiter ist der Designer Dmitri Makowetsky, während die Hauptmitgliedschaft der Organisation, nach eigenen Angaben etwa 200 Aktivist_innen, von Studierenden gebildet wird. Aktionen, die eindeutig gesetzeswidrig sind – wie

18. Russischsprachiger Dienst der Deutschen Welle: <http://www.fes.de/lnk/1o8> (abgerufen am 1.9.2015).

der eigenmächtige Abbau von Denkmälern –, werden mit vermummten Gesichtern durchgeführt.

Weitere radikale proukrainische politische Gruppen in Charkiw, die auch bereit wären, Gewalt anzuwenden, sind lokale Niederlassungen der rechts-nationalistischen bzw. rechtspopulistischen Parteien »Prawyj Sektor« (»Der rechte Sektor«) und »Swoboda« (»Freiheit«, unter Führung von Ihor Schwajko) sowie die zahlenmäßig starken Vereinigungen fanatischer Fußballfans, der »Ultras«. Obwohl sich der Tätigkeitsschwerpunkt dieser Organisationen erst einmal auf die Teilnahme an den Kampfhandlungen und die Unterstützung von Freiwilligenbataillonen verlagert hat – in erster Linie des Bataillons »Shidnyj Korpus« (»Das Ostkorps«), das vom »rechten Sektor« gegründet wurde und das seinen Sitz unmittelbar in Charkiw hat –, besteht kein Zweifel daran, dass sie eingreifen würden, wenn die Ukraine Gefahr liefe, die Kontrolle über Charkiw zu verlieren.

Die größte Organisation (Koordinationsplattform) der proukrainischen demokratischen Kräfte ist das oben erwähnte »Bürgerliche Forum«, das überwiegend offen auftritt und legal handeln will. Die Führungsperson des Forums ist der ehemalige Bauunternehmer Dmitri Kutowoj. Zu den auffälligsten Forumsteilnehmer_innen zählen Alexander Tschumak, Leiter der Charkiwer Vereinigung von kleinen und mittelständischen Unternehmen, die über 150 Unternehmer_innen vereint, Dmitri Marinin, Abgeordneter im Stadtrat, der in Opposition zu Bürgermeister Kernes steht, und Natalja Kurdjukowa, Journalistin, Drehbuchautorin und Koordinatorin des Antikrisen-Informationszentrums. Zu den Grundzielen des »Bürgerlichen Forums« zählt die radikale Erneuerung der staatlichen Gewalt vor Ort. Das Forum initiierte unter anderem den örtlichen Lustrationsstab¹⁹ unter der Leitung von Gleb Timoschenko und veranstaltete öffentliche Diskussionen über die Kandidat_innen für einige neu zu vergebende Posten in der Stadt- und Oblastverwaltung. Im Ergebnis gelang es dem Forum, ihren Wunschkandidaten zum stellvertretenden Leiter der städtischen Steuerinspektion zu machen.

Außer des »Bürgerlichen Forums« gibt es in Charkiw noch weitere große proukrainische Organisationen wie z. B. »Stanzija Charkiw« (»Die Station Charkiw«), die

Hilfe für Flüchtlinge aus dem Kriegsgebiet im Osten der Ukraine bereitstellt²⁰, oder die Stiftung »Mir i porjadok« (»Frieden und Ordnung«), die mit Hilfe von einflussreichen Geschäftsleuten den Kriegseinsatz der ukrainischen Armee mit Geld unterstützt. Im Großen und Ganzen arbeiten sie alle aktiv mit dem »Bürgerlichen Forum« zusammen oder gehören direkt zu ihm. Die proeuropäischen Organisationen in Charkiw verfügen sogar über die mit ihnen verwandten Organisationen der ukrainischen und teilweise Charkiwer Diaspora in Wien über eine Vertretung in der EU, deren Vertreter_innen versuchen, auf österreichische Behörden, die dortige Presse und Öffentlichkeit und internationale Organisationen einzuwirken.²¹

Im Allgemeinen weisen die Struktur, die Qualität, der Ausmaß und der Solidaritätsgrad der proukrainischen Bürgerorganisationen in Charkiw darauf hin, dass sich in der Stadt eine relativ starke Koalition gebildet hat, die Einfluss auf die Politik sowohl in der Region als auch ihrer Hauptstadt ausüben kann – und nach einer möglichen Absetzung oder Ablösung von Bürgermeister Kernes sogar entscheidenden Einfluss bekommen kann. Ihr Grad an Einfluss und ihre Mobilisierungsmöglichkeiten überschreiten bei weitem die Möglichkeiten der prorussischen Seite. Potenziell könnten sie erreichen, die politische Situation in der Stadt und in der Region in ihrem Sinne zu stabilisieren, selbst im Falle einer heftigen Auseinandersetzung zwischen dem Bürgermeister und politischen Kräften der ehemaligen »Partei der Regionen« auf der einen Seite und der ukrainischen Zentralregierung auf der andere Seite.

Empfehlungen für die Arbeit deutscher Organisationen in Charkiw

Die Organisationen, die Mitglieder des »Bürgerlichen Forums« sind, könnten in mehrfacher Hinsicht Anknüpfungspunkte partnerschaftlicher Projekte sein. Die drei erwähnten Führungspersönlichkeiten sind typische Vertreter_innen der engagierten Charkiwer Bürgerschaft, und die Organisation »Die Station Charkiw« ist vielen Bewertungen nach eine belastbare NGO im Bereich der humanitären Hilfe. In Charkiw ist allerdings ebenso wie

19. Als Lustration bezeichnet man in der Ukraine die systematische Entfernung von Mitarbeiter_innen aus dem öffentlichen Dienst, die aus kommunistischer oder der Janukowitsch-Zeit stammen.

20. <http://station.kharkov.ua/> (abgerufen am 1.9.2015).

21. Der Autor hatte Gelegenheit, dies im Januar 2015 selbst zu beobachten.

in Odessa heftig zu spüren, dass es einen Mangel an Kontakten mit Mittel- und Westeuropäern gibt, die dort leben und Auskunft geben könnten, wofür die EU steht. Es wäre daher notwendig, ein System zu entwickeln, das einen regelmäßigen Austausch zwischen zeitweilig in Charkiw lebenden europäischen Expert_innen, Wissenschaftler_innen und Lektor_innen auf der einen Seite und interessierten Bürger_innengruppen auf der anderen Seite vorsieht und dabei öffentlich relevante Themen behandelt. Deutsche Kriminolog_innen oder Gerichtssachverständige könnten beispielsweise Charkiwier Rechtsfakultäten besuchen, Fachleute im Bereich des Flugzeug- und Raumfahrzeugbaus an technischen Instituten Vorträge halten oder Kulturwissenschaftler_innen und Städteplaner_innen die Charkiwier Akademie für Designs und Künste besuchen.

Aussichtsreich wäre sicher auch eine Zusammenarbeit im Bereich der Berufsausbildung. Die Erfahrungen des deutschen Ausbildungssystems könnten zur Fortbildung der hiesigen Studierenden eingesetzt werden, beispielsweise in den Bereichen Verkehrstechnik und Städteplanung. Ein weiteres Betätigungsfeld böte sich in der Unterstützung von Bürgerinitiativen zur Sicherung des reichen kulturellen Erbes der Stadt und der Entwicklung eines örtlichen Tourismus.

2. Dnipropetrowsk

Dnipropetrowsk zählt etwa eine Millionen Einwohner, ist damit die viertgrößte Stadt der Ukraine und liegt in der Mitte des ukrainischen Teils des Dnipro-Flusslaufes. Die Stadt ist mit seiner Metall-, Maschinen- und Lebensmittelindustrie eines der bedeutendsten Industriezentren der Ukraine sowie die Finanzhauptstadt des Landes – vor allem deswegen, weil die Bankengruppe »Privat« hier ihren Hauptsitz hat. Auf dem Gebiet der Oblast Dnipropetrowsk mit insgesamt 3,2 Millionen Einwohnern liegen noch einige weitere Städte, die große Industriezentren sind: Krywyj Rih (Metallindustrie), Dniprodzschinsk (erdölchemische Industrie), Nikopol (Metallindustrie und Maschinenbau, hauptsächlich Röhrenherstellung), Pawlohrad (das Zentrum der Kohleindustrie, das als »Hauptstadt des Westlichen Donbass-Raums« bekannt ist).

Wegen ihrer industriellen Basis und der Konzentration großer Finanzmittel auf einige wenige oligarchische Gruppen ist die Stadt auch auf nationaler Ebene von

großer Bedeutung. Dabei werden die Industrie- und Finanzerfolge der Stadt durch eine beeindruckende, moderne Architektur des Stadtzentrums widerspiegelt. Dnipropetrowsk war neben Kiew die einzige Stadt der Ukraine, in der in den 2000er und 2010er Jahren zahlreiche Wolkenkratzer errichtet wurden. Diese und andere große Neubauten dominieren das Stadtzentrum. Wie auch viele andere Städte der Ukraine erlitt Dnipropetrowsk in den 1990er und 2000er Jahren zunächst einen erheblichen Bevölkerungsverlust. Die Bevölkerung reduzierte sich zwischen 1991 und 2014 beinahe um 20 Prozent, von 1,2 Millionen auf 990 000 Einwohner. Es wird angenommen, dass die Bevölkerung in den vergangenen zwei Jahren infolge des Flüchtlingszustromes aus dem Donbass-Raum wieder wuchs; allerdings gibt es bisher keine genauen Statistiken.²² In der Region wird außerdem die Frage diskutiert, ob es möglich und sinnvoll ist, das einige Dutzend Kilometer flussaufwärts liegende Dniprodzschinsk einzugemeinden.

»Die Stadt, in der man bequem Geld verdient« – der Modus Vivendi der Stadt

Vieles zeugt davon, dass Dnipropetrowsk von Pragmatismus und Geschäftsgeist gekennzeichnet ist, was sowohl positive als auch negative Aspekte hat. »Dnipropetrowsk ist eine Stadt, in der man bequem Geld verdient, für andere Sachen ist die Stadt nicht geeignet«, so äußerte sich einer der Gesprächspartner, ein bekannter hiesiger Journalist. Es ist sicherlich richtig, dass die wirtschaftliche Situation in der Stadt und der Region breite Möglichkeiten für die Tätigkeit von Großunternehmen (Hüttenindustrie, Maschinenbau, Erdölchemie, landwirtschaftliche Konzerne) sowie mittelständische Unternehmen (Lebensmittelindustrie, Einzelhandel, Bauwesen) schafft. Im Schatten dieser größeren Firmen gibt es auch Raum für Kleinunternehmen (Restaurants, Hotels, Unterhaltungsindustrie), die im Übrigen nicht selten mit der Halbwelt oder direkt mit kriminellen Kreisen in Verbindung gebracht werden. Die Entwicklung von größeren und mittleren Unternehmen ist jedoch vor allem aufgrund der

22. Die Zahl von Flüchtlingen beträgt nach verschiedenen Angaben zwischen 84 000 und 114 000 Personen. Der im Februar veröffentlichte Detailbericht über die Situation von Flüchtlingen bestätigt die erste Zahl (<http://www.segodnya.ua/regions/dnepr/zhizn-bezhencev-rasselenie-poselam-i-oformlenie-v-sadik-bez-ocheredi-591130.html>, abgerufen am 1.9.2015). In Interviews mit Gesprächspartner_innen aus der Dnipropetrowsker politischen Elite wurden höhere Zahlen (zwischen 180 000 und 400 000) angeführt.

engen Verbindung mit den noch in den 1990er Jahren und in der ersten Hälfte der 2000er Jahre gegründeten oligarchisch kontrollierten Finanz- und Industrieholdinggesellschaften möglich.²³

Das daraus folgende schwerwiegendste Problem sind die fehlenden Investitionen in die Entwicklung der öffentlichen Infrastruktur, was mit der Privatisierung von ehemaligen staatlichen Liegenschaften und den damit verbundenen Werten zusammenhängt. Beispielweise sind zwei Stockwerke und das Gelände vor dem zentralen Busbahnhof ein Konglomerat von kleinen Kiosken und Erfrischungsräumen. Bemerkenswerterweise ist es hingegen sehr kompliziert, hier die Fahrkartenschalter für Fernbusse zu finden. Alle Anfahrtswege zum Bahnhof sind in einem Abstand von 50 bis 70 Metern zum Gebäude mit Schranken abgesperrt, an denen jeweils ein paar Wachmänner stehen. Diese nehmen kleine Schmiergelder von Autofahrern und Fahrgästen ein und reagieren aggressiv auf solche, die ihrer Meinung nach den von ihnen unter Kontrolle gehaltenen Raum unerlaubt betreten. Gleichartige Absperrungen waren auch bei der Zufahrt zum Bahnhof und sogar den Einfahrten zum Gebäudekomplex des Oblast-Rates zu sehen. Öffentlicher Raum ist somit in Dnipropetrowsk seit der staatlichen Unabhängigkeit der Ukraine oftmals erfolgreich privat angeeignet und zweckentfremdet worden.

Die, wirtschaftlich gesehen, durchaus erfolgreiche Ausrichtung der Stadt zeigt sich auch in den hohen Miet- und Warenpreisen (die Preise in Gaststätten und für Taxifahrten sind in Dnipropetrowsk doppelt so hoch wie in Charkiw und sogar wesentlich höher als in Kiew). Die Kehrseite ist die Verdrängung »überflüssiger«, weil z. B. nicht an der beschriebenen Geschäftstätigkeit interessierter Leute und ärmerer Bevölkerungsschichten. Dazu gehören auch diejenigen Bevölkerungsgruppen, deren Interessen im wissenschaftlichen, kulturellen, politischen oder gesellschaftlichen Bereich liegen.

Eine weitere Folge des in der Stadt vorherrschenden »Geschäftsgeistes« ist eine Gleichgültigkeit gegenüber jeglichen Kontakten, die keinen unmittelbaren wirtschaftlichen Nutzen versprechen. Bei den in Dnipropetrowsk geführten Gesprächen wurde, im Unterschied

zu denen in Charkiw und Odessa, nur ein sehr geringes Interesse an einer eventuellen Zusammenarbeit mit deutschen oder westeuropäischen Partnern im Rahmen nichtkommerzieller Projekte deutlich. Die vorherrschende Meinung war, dass man selbstständig in der Lage sei, erfahrene Fachleute zu finden, um, wenn nötig, neue Kenntnisse zu erwerben. Im kommerziellen Bereich ist die Situation ähnlich: In der Oblast Dnipropetrowsk ist zwar der Wunsch vorhanden, Joint Ventures zu gründen, die die Nachfrage nach neuer Technik und neuen Ausrüstungen stillen könnten. Selbstständige Aktivitäten von ausländischen oder auch nur ortsfremden Unternehmen sind jedoch offensichtlich unerwünscht. Dies wird beispielsweise durch die Tatsache deutlich, dass es in dieser relativ reichen Region im Gegensatz zur restlichen Ukraine praktisch keine großen und bekannten ausländischen Einzelhandelsketten gibt.²⁴ Es regiert also im Dnipropetrowsker Gebiet besonders stark das Prinzip des »closed shop« regionaler Eliten, was im Hinblick auf die EU-Assoziierung noch zu Konflikten führen dürfte, da im Freihandelsabkommen die Marktöffnung vorgeschrieben ist.

Verkehrswesen

Der in Dnipropetrowsk sehr breite Fluss Dnipro und die topografischen Gegebenheiten teilen die Stadt in mehrere größere Gebiete auf, was zu ernsthaften Problemen im Stadtverkehr führt. Als Millionenstadt hätte Dnipropetrowsk ein U-Bahn-Netz nötig. Der Bau einer Linie wurde 1995 auch begonnen, zählt aber zwanzig Jahre später lediglich sechs Stationen. Es war geplant, die U-Bahn unter dem zentralen Karl-Marx-Prospekt weiterzubauen und das Stadtzentrum mit einem Großbezirk auf dem anderen Dnipro-Ufer zu verbinden. Zwar wurden Versuche unternommen, den Bau der U-Bahn wieder aufzunehmen – unter anderem für den Fall, dass Dnipropetrowsk Austragungsort der Fußball-Europameisterschaft 2012 geworden wäre –, aber dazu kam es bis heute nicht. Vor kurzem wurden die Verhandlungen mit der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) über die Gewährung eines Kredits bis zu 365 Millionen Euro für den Bau dreier neuer Stationen im Stadtzentrum ergebnislos beendet.

23. Außerdem gelang es Investoren aus Indien (Arcelor Mittal) und Russland (ausführlicher: <http://zabeba.li/news/horosh-li-zhivetsya-rossijskemu-biznesu-v-ukraine>, abgerufen am 1.9.2015), sich in die Metallindustrie der Region einzukaufen.

24. Außer »Auchan« und »Metro«, die ein bzw. zwei Hypermärkte in der gesamten Oblast besitzen. Die Eigentümer_innen des größten ukrainischen Einzelhandelsunternehmens »Fozzy Group« stammen aus Dnipropetrowsk.

nislos abgebrochen, obwohl diese Kreditaufnahme bereits 2013 vom Parlament in Kiew gebilligt worden war.

Der stockende Ausbau des öffentlichen Verkehrswesens der Stadt zeigt exemplarisch die Ambivalenz zwischen privatem und öffentlichem Sektor in Dnipropetrowsk. Das Bild der Straßen der Stadt ist einerseits von teuren Geländewagen geprägt, andererseits von kaputten Fahrbahnen voller Schlaglöcher. Der öffentliche Verkehr besteht größtenteils aus alten Sammeltaxis sowie aus noch älteren Relikten der sowjetischen Epoche: Straßenbahnen, Bussen und Oberleitungsbussen, von denen die jüngsten in den 1980er Jahren hergestellt wurden.

Offensichtliche Probleme gibt es auch beim verkehrstechnischen Anschluss von Dnipropetrowsk an den Süden des Landes. So fuhr zum Beispiel im April 2015 nur ein Zug pro Tag von Dnipropetrowsk in die andere südliche Millionenstadt Odessa und in die dazwischen liegenden Oblastzentren, Cherson und Mykolajiw. Gute Straßen gibt es nur zwischen den Städten Dnipropetrowsk und Krywyj Rih sowie zwischen Mykolajiw und Odessa.

Die Ursachen für diese katastrophalen Zustände der öffentlichen Infrastruktur liegen nach Meinung hiesiger Analysten in der systematischen Korruption in den Bereichen der städtischen Wirtschaftsbetriebe, des Straßenverkehrswesens sowie allgemein des öffentlichen Verkehrs. Den Worten der Gesprächspartner nach werden zwar grundsätzlich Gelder sowohl zur Anschaffung neuer öffentlicher Transportmittel als auch zur Ausbesserung der Straßen und Wege in den öffentlichen Haushalten bereitgestellt, jedoch wurden und werden diese Mittel auf den verschiedenen Verwaltungsebenen komplett veruntreut.²⁵ Die unvollendete Umgehungsstraße rund um Dnipropetrowsk ist eine Art Mahnmal für die Situation – mit dem Bau wurde bereits im letzten Jahrzehnt begonnen, doch er wurde seither nicht vorangetrieben.

Man sollte meinen, dass allein diese beschriebenen Zustände ausreichen sollten, um die Frage nach politischer Verantwortlichkeit zu stellen. Doch die Beurteilung der Leistung des Dnipropetrowsker Bürgermeisters Iwan Kulitschenko, der von 1999 bis 2014 im Amt war und

seit Oktober 2014 Parlamentsabgeordneter für den »Wahlblock Petro Poroschenko« ist, ist laut Umfragen und auf der Grundlage der geführten Gespräche insgesamt positiv, obwohl er Inhaber eines Unternehmens ist, das Asphalt zur beinahe ergebnislosen Ausbesserung von städtischen Straßen lieferte und abrechnete.²⁶ Zahlreiche Löcher in den asphaltierten Straßen von Stadt und Oblast erklärten sich die Gesprächspartner_innen einmütig mit einer »natürlichen« Logik von Instandsetzungsbetrieben und Besitzern solcher Werke. Diese würden sich die Aufträge nicht nur im Rahmen eines einmalig geltenden Vertrags, sondern auch langfristig für die Zukunft sichern wollen, d. h. absichtlich schlechte Leistungen erbringen, um schnell wieder mit Ausbesserungen beauftragt zu werden. Offensichtliche Probleme im Zustand der städtischen Infrastruktur sowie der öffentlichen Verkehrsmittel kompensierte Kulitschenko mit seiner offenen, höflichen und »familiären« Art in den Beziehungen zu den Bürger_innen. Das erlaubte es ihm, als »gutherziger Opa« sowie großzügiger und bescheidener Mann aufzutreten und während der letzten anderthalb Jahrzehnte problemlos alle Wahlen zu gewinnen.

Die lokalen Gesprächspartner_innen sehen keine wirkliche Alternative zu Kulitschenko bei den Kommunalwahlen im Oktober 2015. Man befürchtet, dass ein neuer Bürgermeister noch weitaus schlechter als der vorige sein könne. Es ist durchaus möglich, dass der Vertreter der »Metinwest«-Gruppe und Erster stellvertretender Bürgermeister von Dnipropetrowsk, Anatoli Krupski, zum neuen Bürgermeister gewählt wird, der sich als gläubiger orthodoxer Politiker inszeniert.²⁷ Die stellvertretende Bürgermeisterin Galina Bulawka, Mitglied im Wahlblock von Julia Timoschenko, genießt hingegen kaum Rückhalt und Ansehen in der Stadt.

25. Die Situation ist so kafkaesk, dass im April 2015 einer der Gebietsleiter in der Oblast Nikolaew die dortigen Einwohner um Hilfe anging. Er bat um Materialspenden zur Straßenausbesserung, indem er als Argument Fotos des aktuellen Zustandes anführte (<https://news.pn.ru/public/131327>, abgerufen am 1.9.2015).

26. Es handelt sich um ein ukrainisch-polnisches Werk, das unter offenkundiger Förderung seitens Kulitschenkos 2005 in Betrieb gesetzt wurde und das sofort viele Aufträge von der Stadt erhielt (<http://www.11tv.dp.ua/news/dp/2005/04/12/9856.html>, abgerufen am 1.9.2015). Siehe auch einen für die Dnipropetrowsker Presse typischen Artikel über Asphaltprobleme in der Stadt; der Artikel enthält auch einen typischen Kommentar bezüglich des Werkes der Familie Kulitschenko (<http://go-rod.dp.ua/news/75023?co=up>, abgerufen am 1.9.2015).

27. <http://www.fes.de/lnk/1o9> (abgerufen am 1.9.2015).

Regionalpolitik

Wie schon dargestellt, positionierte sich die Region Dnipropetrowsk in den kriegerischen Auseinandersetzung in der Ostukraine ganz eindeutig proukrainisch und wurde in der Folge zur Stütze der ukrainischen Staatlichkeit im Osten des Landes. Dies geschieht ungeachtet dessen, dass der überwiegende Teil der Bevölkerung von Dnipropetrowsk und anderen regionalen Großstädten russischsprachig ist. Der Grund für diese Einstellung liegt nicht nur darin, dass ein erheblicher Bevölkerungsanteil der Region – darunter fast die komplette ländliche Bevölkerung – ukrainisch spricht und eine eindeutige ukrainische Identität aufweist, sondern auch in der Tatsache, dass es schon immer eine starke Konkurrenz zwischen Dnipropetrowsk und Donezk als benachbarte wirtschaftliche und politische Zentren gegeben hat. Eine »Invasion« von Donezkern im politisch-geschäftlichen Bereich zu Zeiten der Präsidentschaft von Wiktor Janukowitsch, insbesondere durch kriminelle »Besitzergreifungen«, führte zu einer negativen Einstellung der Vertreter_innen der Dnipropetrowsker Wirtschaftselite gegenüber der östlichen Nachbarstadt.

Ein symbolträchtiger Vorfall war in diesem Zusammenhang die Enteignung des bekanntesten Edelrestaurants der Stadt, das in der Flussniederung des Dnipro liegt. Hier feierte Wiktor Janukowitsch während seines ersten offiziellen Besuchs der Stadt nach Gewinn der Präsidentschaftswahlen. Vermutlich gefiel es ihm dort, und nach einem Monat kamen Vertreter des »Donezker Clans«, die dem Inhaber ins Knie schossen und ihm »vorschlugen«, das Restaurant zu übergeben.

Die größten Player bei den Auseinandersetzungen zwischen den Dnipropetrowskern und Donezkern waren und sind zwei große Finanz- und Wirtschaftsgruppen: auf der einen Seite die Gruppe »Priwat« (eine Bankengruppe, deren Führungsperson Ihor Kolomoisky ist) und auf der anderen Seite »Metinvest«, ein Metallurgiekonzern, der Werke in Krywyj Rih in der Dnipropetrowsker Oblast (mit-)besitzt, und der dem markantesten »Donezker« Oligarchen, Rinat Achmetow, untersteht.

Ihor Kolomoisky und seine Mannschaft vertraten im Laufe der »Revolution der Würde« eine eindeutig proukrainische Einstellung. Mit dem Beginn des russischen Eingreifens in der Ostukraine bekam er den Posten des Gouverneurs der Oblast Dnipropetrowsk und verwandelte die

Region in eine patriotische Hochburg der ukrainischen Staatsgewalt. Seine Vorgehensweise bei der Führung seiner Geschäfte, die sogar seine Anhänger als kriminell beschreiben – fremdes Eigentum wird beschlagnahmt und später legalisiert –, geriet jedoch in Konflikt mit den Kiewer Revolutionären, die die Korruption bekämpfen sowie den Einfluss der Oligarchen auf die Politik zurückdrängen wollen. Im März 2015 musste er sein Amt niederlegen. Die einjährige Amtszeit von Kolomoisky wird in der Oblast jedoch seitens der proukrainischen Kräfte als insgesamt positiv eingeschätzt, weil er und sein Team viel zur Verteidigung des Landes und der Stärkung der Staatlichkeit beitrugen.

Weitere einflussreiche, Kolomoisky nahestehende politische Kräfte in der Region sind die folgenden: Der »Rechte Sektor« ist vor Ort stark organisiert, weil es sich um die Heimat seiner Führungsperson Dmitri Jarosch handelt, der durch den Gewinn eines Direktmandats im Herbst 2014 Abgeordneter von Dnipropetrowsk im Parlament wurde. Der Anführer der regionalen Organisation des »Rechten Sektors« ist der Parlamentsabgeordnete und bekannte Lokalpolitiker Andrej Denissenko, der von Kolomoisky beispielsweise zum Zusammentrommeln der Stadtratsabgeordneten eingesetzt wurde, um in Krisensituationen die Abgeordneten zur »richtigen« und schnellen Stimmabgabe zu bewegen. Gegenwärtig ist Denissenko in ein Strafverfahren verwickelt, bei dem gegen seinen Abgeordnetenassistenten ermittelt wird, der einen Mitarbeiter des Geheimdienstes der Ukraine im Kriegsgebiet im Osten erschossen hat.²⁸

Die Kosakenorganisation »Kodakzka palanka« unter Führung von Wladislaw Ladygin kämpft vor Ort gegen illegale Bebauungen. Sie zählt etwa 30 Mitglieder und stellte auf dem Maidan eine eigene Hundertschaft. Gegenwärtig arbeitet die Organisation mit Sicherheitsorganen zusammen, nimmt an der Kontrolle der Aktivitäten des »Rechten Sektors« teil und engagiert sich als Koordinierungszentrum für ähnliche kleinere proukrainische Freiwilligentrupps.²⁹

Die zweite Oligarchengruppe ist »Metinvest«, deren Führungsperson der ehemalige Vize-Premierminister der Ukraine, Alexander Wilkul, ist. Er ist der Sohn von Juri

28. <http://www.fes.de/Ink/10a> (abgerufen am 1.9.2015).

29. <http://vovremya.dp.ua/society/365-aktivisty-samooborony-dnepropetrovska-skoordinirovali-svoi-deystviya.html> (abgerufen am 1.9.2015).

Wilkul, der Vorsitzender des Oblast-Rates von 2006 bis 2010 war und seit 2010 Bürgermeister von Krywyj Rih ist. Diese Gruppe bemüht sich, ihre Positionen sowohl in der Regionalpolitik als auch im regionalen Geschäftsleben zu bewahren und keine allzu offenkundigen Allianzen mit prorussischen Kräften, der »Partei der Regionen« oder auch dem wahren Mehrheitseigner von »Metinwest«, Rinat Achmetow, zu betreiben. Im Großen und Ganzen gelang dies den regionalen Kräften dieser Holding. Unter Kontrolle von Metinwest steht bisher der Oblast-Rat mit seinem Vorsitzenden Jewgeni Udod und die Stadtverwaltung von Krywyj Rih. Der Oblast-Rat steht in einem konfliktreichen Verhältnis zur Regionalverwaltung und verfügt sogar über eine eigene Abteilung für auswärtige Angelegenheiten, die sich weniger mit der Herstellung von interparlamentarischen Beziehungen als vielmehr mit der Suche nach Investoren für Regionalprojekte befasst. Die Verwaltung wiederum versucht, den Einfluss der ehemaligen Mitglieder der »Partei der Regionen« – und den von Metinwest – im Oblast-Rat zu reduzieren, beispielsweise durch Ermittlungen wegen der Angriffe auf Teilnehmer_innen von proeuropäischen Kundgebungen im Winter 2013/14, bislang jedoch ohne Erfolg. Der Vorsitzende des Oblast-Rates rettete sich im April 2015 vor der Eröffnung eines Strafverfahrens nach Polen, kehrte später aber wieder zurück. Während seiner Abwesenheit übte der Metinwest-Mann Wladimir Peregudow als stellvertretender Vorsitzender des Rates die Kontrolle über dessen Apparat aus.³⁰

Dank der Unterstützung durch Metinwest gewannen in einigen regionalen Wahlkreisen die Wahlkandidat_innen des »Oppositionellen Blocks« Sitze bei den Parlamentswahlen im Oktober 2014. Unter anderem gelangte Wilkul selbst ins Parlament, sowie der Verkaufsdirektor von »Metinwest«, Wladimir Gussak und der ehemalige Gouverneur der Oblast Dnipropetrowsk, Dmitri Kolesnikow, der an der Spitze von Wilkuls Stiftung steht. Es gelang noch einigen weiteren, mit Wilkul eng verbundenen Politikern als unabhängige Kandidaten in Krywyj Rih und anderen Wahlkreisen der Einzug in das ukrainische Parlament, dies sind Konstantin Pawlow, Andrej Galtchenko, Dmitri Schpenow und Wadim Nesterenko.³¹ Somit gewannen Wilkuls Gefolgsleute ein Viertel der

17 regionalen Direktmandate. Ihnen gegenüber stehen sieben Personen, die dem »Block Petro Poroschenko« angehören und im Wesentlichen die Interessen weniger bedeutender regionaler Industrien vertreten. Im Bereich der Parteilisten – in der Ukraine gilt ein sogenanntes Grabenwahlrecht mit getrennter Stimmauszählung und ohne Verrechnung von Listen- und Wahlkreisstimmen – war der »Oppositionelle Block« mit soliden 24,7 Prozent der Stimmen stärkste Kraft der Oblast. Allerdings gewann er zusammen mit der nicht ins Parlament eingezogenen Kommunistischen Partei der Ukraine (KPU) weniger als 30 Prozent der Stimmen, im Vergleich zu den heutigen drei führenden Regierungsparteien »Block Petro Poroschenko«, »Volksfront« und »Selbsthilfe«, die 40,2 Prozent erhielten, wozu noch die proukrainische »Radikale Partei« hinzuzurechnen ist, die immerhin 7,6 Prozent erhielt.³²

Es wird deutlich, dass in der Region Dnipropetrowsk Auseinandersetzungen nicht nur zwischen den Gruppen »Privat« und »Metinwest« zu beobachten sind, sondern diese sich in der Politik unmittelbar fortsetzen. Die Tatsache, dass die Region bei den gesamtukrainischen Wahlen im Oktober 2014 im Großen und Ganzen die proeuropäischen Parteien unterstützte, ist keine Garantie dafür, dass sich dieser Trend bei den Kommunalwahlen im Herbst 2015 fortsetzen wird. Der nach dem Rücktritt von Ihor Kolomoisky ernannte neue Gouverneur Walentin Resnitschenko, Jahrgang 1972 und ehemals beschäftigt bei der »Ukrainischen Media-Holding« des gegenwärtigen Chefs des Präsidialamtes Boris Loschkin, genießt außerdem nach allgemeiner Einschätzung weder Popularität noch Autorität in der Region und ist kaum imstande, beides bis zur Regionalwahl noch zu gewinnen. Außerdem hat er keine ernstzunehmenden Erfahrungen im Verwaltungsbereich.

Die zunehmenden kritischen Ansichten gegenüber der Zentralregierung und ihren Vertretern in der Region sowie die Aufmerksamkeit, die die großen Konzerne der Förderung »ihrer« Abgeordneten auf der regionalen und lokalen Ebene schenken, lässt ein sehr gutes Wahlergebnis der vom »Oppositionellen Block« aufgestellten Wahlkandidat_innen sowie weiterer »unabhängiger« Kandidaten, die mit »Metinwest« eng verbunden sind, erwarten. Daneben steht »Metinwest« immer noch die

30. So Peregudow im Interview mit dem Autor, 23.04.2015.

31. Siehe ausführliche Informationen über die Abgeordneten der Werhowna Rada aus den Wahlkreisen: <http://vesti-ukr.com/pridneprove/75738-kto-proshel-v-radu-ot-dnepropetrovskoj-oblasti> (abgerufen am 2.9.2015).

32. Ausführlicher siehe die Wählerstatistiken: <http://gorod.dp.ua/news/96510?page=3> (abgerufen am 2.9.2015).

Möglichkeit offen, die Karte »der ungerechten Behandlung« auszuspielen, bei der auf die hohe Steuerbelastung der wohlhabenden Region zugunsten des Kiewer Staatshaushalts verwiesen wird.

Auf der anderen Seite agieren die proeuropäischen politischen Kräfte uneinheitlich und spalten sich in Parteiläufer und -gegner des Oligarchen Ihor Kolomoisky auf. Der Einfluss seiner »Privat«-Gruppe als Hauptkonsolidierungskraft für die proukrainische Sache in der Oblast ist lediglich auf die Stadt Dnipropetrowsk beschränkt. Im Juni 2015 gründete er mit der »Vereinigung ukrainischer Patrioten« (Ukrop) eine eigene politische Partei, deren politische Zukunft vorläufig unklar ist und die noch keine Breitenwirkung entfalten konnte.

Somit wird der vorherrschende Einfluss von »Metinwest« und seiner Verbündeten auf der Ebene des Oblast-Rats wohl weiterhin nicht angetastet, trotz der kleineren Oligarchengruppen in Stadt und Region – etwa der »Interpipe« von Wiktor Pinchuk und ihrer Verbindung mit dem »Block Petro Poroschenko«. Seit der Absetzung Kolomoiskys durch den Präsidenten gilt deren Verhältnis jedoch als belastet.

Zugleich kann »Metinwest« aber nicht als eindeutig prorussische politische Kraft bezeichnet werden. »Metinwest« ist eher ein Paradebeispiel der ostukrainischen russischsprachigen Oligarchie. Bei einer anderen politischen Lage oder bei einem Rückgang der »proeuropäischen« Ansichten im Land könnte diese Gruppe zwar jederzeit auf gemäßigt prorussische Slogans setzen, würde aber nicht so weit gehen, einen separatistischen Kurs einzuschlagen. Es geht ihr um die ostentative Demonstration von Eigenständigkeit gegenüber Kiew, aber gleichzeitig um die Bewahrung der politischen Unabhängigkeit von Moskau, die für die eigenen Geschäftsinteressen notwendig ist.

Dabei besteht durchaus ein Resonanzraum für prorussische Slogans in der Region. Die Führungsperson einer politisch neutralen Jugendorganisation, Denis Minin, der sich gut im Leben von Jugendlichen aus Dnipropetrowsker Arbeitervierteln auskennt, erklärte, dass selbst im Frühling 2015 dort noch bis zu 30 Prozent bereit wären, »das Sankt-Georgs-Band anzuziehen«³³, sie aber Angst hätten, »von anderen Gruppen angegriffen

zu werden.«³⁴ Diese Äußerung erscheint typisch für die Situation prorussischer oder proseparatistischer Organisationen in der Region Dnipropetrowsk. Im Unterschied zu Charkiw und Odessa kam es in Dnipropetrowsk in den letzten Monaten zu keinen bedeutenden prorussischen Aktionen mehr. Trotzdem gibt es in der Oblast eine Schicht von Intellektuellen, die sich weiterhin in Richtung Russland orientieren, dazu gehören der Journalist Wadim Ryschkow und seine Kollegin Walentina Popowa, die ehemalige stellvertretende Vorsitzende des Oblast-Rates Jekaterina Widjakina, sowie der einflussreiche Vorsitzende des Verbandes sowjetischer Offiziere in der Ukraine, Wiktor Martschenko.

Soziale Herausforderungen

Durch die hohe Anzahl großer Industrieunternehmen, deren Mitarbeiter in eigenen Wohnvierteln auf engem Raum nebeneinander wohnen, gibt es in Dnipropetrowsk ein hohes politisches Protestpotenzial in Zeiten wirtschaftlicher Schiefelage der Betriebe, wie sie jetzt für die gesamte Ukraine typisch ist. Das größte Problem sind die Einkommen der Arbeitnehmer_innen, die vor 2013/14 vergleichsweise hohe Gehälter bekamen. Vor der wirtschaftlichen Krise und der Abwertung der Währung Hrywnja betrugen die Gehälter bis zu umgerechnet 1 500-2 000 Euro pro Monat, wobei ein Großteil landestypisch in bar, also an der Steuer vorbei ausgezahlt wurde. Diese für ukrainische Verhältnisse sehr hohen Einkommen für Arbeiten unter teilweise gesundheitsschädlichen und gefährlichen Umständen haben sich nach der starken Hrywnja-Abwertung und im Zusammenhang mit fallenden Preisen auf dem Welt-Metallmarkt drastisch vermindert. Allein die Abwertung seit Anfang 2014 bewirkte in Euro gerechnet ein Absenken der Einkommen auf ein Drittel des Ausgangswerts. Ziel der Arbeitgeber ist in der derzeitigen Lage, die Belegschaften zu erhalten, auch wenn dies durch das Absenken der Einkommen und damit der Lebensqualität der einzelnen Arbeitnehmer_innen hart erkaufte ist. Zusätzlich wird von Seiten der Unternehmer versucht, die Schuld an der sozialen Unzufriedenheit von Arbeitnehmer_innen auf die Staatsführung abzuwälzen. So organisieren sie zum Beispiel Fahrten der Arbeiter_innen nach Kiew, um dort Protestkundgebungen zu veranstalten und Finanzhilfen für ihre Betriebe zu fordern.

33. Symbol des russischen militärischen Patriotismus.

34. Interview mit Denis Minin, Dnipropetrowsk, 24.04.2015.

Weitere »soziale Programme« oligarchischer Gruppen sind die Finanzierung von Betriebssportclubs, vor allem von Fußballmannschaften, sowie anderer Sport- und Kulturprojekte. Es bleibt aber fraglich, inwieweit dieses System der »Spiele statt Brot«-Projekte für die Arbeitnehmer_innen konkret nutzbringend ist. Wiktor Pinchuk, dessen Hüttenbetrieb »Interpipe« einer der größten in Dnipropetrowsk ist, gibt beispielsweise Millionen Dollar pro Jahr aus, um im Westen moderne Kunstwerke einzukaufen, und erwarb sich dadurch den Ruf eines der einflussreichsten Sammlers der Welt.³⁵ Ihor Kolomoisky stellte im von »Priwat« eingerichteten Gebäudekomplex »Menora« seine riesige Sammlung goldener Standuhren des 17. bis 19. Jahrhunderts aus.

Besonders problematisch ist die Situation für die Arbeitnehmer_innen des größten Rüstungsbetriebes der Region, »Juschmasch«, wo seit Sowjetzeiten Raketen für das Militär hergestellt werden. Der Raketenbau wurde in Folge des Endes der russisch-ukrainischen Rüstungszusammenarbeit 2014 stark reduziert. Die Zahl der Arbeitnehmer_innen hatte sich allerdings bereits während der letzten 25 Jahre infolge des Zusammenbruchs der Sowjetunion und des Wegbrechens der militärischen Aufträge stark verringert. Die erneute Krise stellte daher keine ungewohnte Situation dar und war von geringerer Bedeutung. Die Arbeitnehmer_innen, die schon früher ihre Arbeit verloren hatten, ließen sich meist auf einen anderen Beruf in der Metallverarbeitung umschulen. Bislang stellten sie zumindest keine organisierte Kraft politischer Unzufriedenheit dar.

Die proeuropäische Intelligenzija

Ungeachtet dessen, dass der Hauptteil der intellektuellen Elite der Region in diese oder jene oligarchische Gruppe integriert und mit ihren Interessen eng verbunden ist, gibt es in Dnipropetrowsk dennoch eine ganze Reihe relativ unabhängiger Intellektueller und sozialer Projekte. Es existiert erstens in der Stadt eine dünne Schicht aus Politolog_innen und Journalist_innen im Alter von 35 bis 45 Jahren, die dank ihres Engagements in verschiedenen Projekten ihre relative Unabhängigkeit von den oligarchi-

schen Strukturen bewahrt haben. Der bekannteste unter ihnen ist der gegenwärtig in Deutschland lebende Historiker und Kulturwissenschaftler Andrej Portnow. Diesem Kreis gehören u. a. ebenfalls Wadim Bedrinez, Olga Palij, Olga Bugaj sowie der Historiker Ihor Schupak an.³⁶ Diese Intellektuellen arbeiten weiterhin in denselben Positionen wie vor der »Revolution der Würde«. Derselben Altersgruppe gehören die Vertreter_innen und Initiator_innen der zivilgesellschaftlichen Organisationen »Dobro Dnjepra« (»Gutes vom Dnipro«, eine Freiwilligenorganisation von Psychologen, die sich auf die Behandlung von Soldaten der ukrainischen Truppen spezialisiert sind) und »Dopomoga Dnjepra« (»Hilfe vom Dnipro«, Hilfszentren für Flüchtlinge) an.³⁷ Zentrale Figur in der Koordination von Freiwilligenorganisationen, die mit medizinischer Hilfeleistung zu tun haben, ist die Journalistin Natalja Hasan.

Zweitens bildete sich in der Stadt eine Gemeinschaft von gesellschaftlichen Organisationen heraus, deren aktive Mitglieder meist jünger als 30 Jahre alt sind. Diese Organisationen versuchen, eine aktivere Rolle in der lokalen Politik einzunehmen. Die Führungsperson dieser Szene ist der Unternehmer Dmitri Hosin, Leiter der NGO »K-12«. Sie vereint einige Dutzend jüngere Unternehmer_innen und gesellschaftliche Aktivist_innen, die ein Netz von miteinander verbundenen geschäftlichen Aktivitäten, darunter ein paar Cafés, ein Hostel und mehrere Konzertveranstaltungen, schufen und lokale jugendliche Kulturinitiativen unterstützen. Hosin selbst hat durchaus politische Ambitionen. Indem er profunde Kritik an der Vergabe von städtischen Mitteln sowie an der Korruption im Kulturbereich übt, versuchen er und einige seine Anhänger sich zu profilieren, um bei den Wahlen im Herbst 2015 Stadtratsabgeordnete zu werden.³⁸ Einen Schwerpunkt ihrer Tätigkeit sehen sie in der Gründung von Wohnungseigentümergeinschaften, die in der Ukraine bisher nur wenig entwickelt sind. Außerdem soll ein Geschäftszweig eingerichtet werden, in dessen Rahmen die Wohngebäude unabhängig von den noch zu sowjetischen Zeiten gegründeten kommunalen Wohnungsverwaltungen (KWV) verwaltet werden.

35. <http://korrespondent.net/showbiz/602012-pinchuk-kupil-raboty-demi-na-hersta> (abgerufen am 1.9.2015); http://pinchukfund.org/ru/about_fund/press_about_us/2820/ (abgerufen am 1.9.2015). Erwähnenswert ist, dass es im Rahmen der »Wiktor-Pinchuk-Stiftung« ein Sozialprogramm gibt, das sich auf Gründung von Zentren zur Frühgeborenenversorgung in verschiedensten Regionen der Ukraine spezialisiert hat.

36. Siehe die Website über gesellschaftliche Probleme in der Stadt und der Oblast: <http://zabeba.lv>, die Olga Palij betreibt (abgerufen am 1.9.2015).

37. <http://dv-gazeta.info/tag/dopomoga-dnipra> (abgerufen am 1.9.2015).

38. Siehe für ein Beispiel einer derartigen Kritik in Bezug auf die zentrale Stadtbibliothek und für ausführliche Informationen über seine eigene Organisation: <http://www.litsa.com.ua/show/a/19430> (abgerufen am 1.9.2015).

Mit »K-12« arbeiten einige Jugendinitiativen zusammen, wie zum Beispiel »Eko-Dnipro« mit den Führungspersonen Alexej Maljewanny, Ljubow Kolossowskaja und Nikita-Awgust Jakimenko. Die Schwerpunkte ihrer Tätigkeit sind einerseits die Organisation von »Subbotniks«, also ehrenamtlichen, gemeinnützige Arbeit zur Reinigung des Dnipro-Ufers, zum anderen eine Kampagne für die Sammlung gebrauchter Batterien, die Gründung eines Öko-Ladens, sowie ökologische Aufklärungsprogramme für Schüler_innen.³⁹

Des Weiteren gehört die Organisation »Street-Work-Out« zu diesen Initiativen. Die Führungsfigur ist der bereits erwähnte, charismatische Denis Minin. Hauptsächlich bietet die Gruppe kostenloses Sport-Training für Jugendliche an; außerdem will sie die Jugendlichen vom Sinn gesunder Ernährung und von Bildung überzeugen. Die Organisation hat bis zu 300 aktive Mitglieder in Dnipropetrowsk und weitere Niederlassungen in der Ukraine, Russland und Kasachstan.

Schließlich ist hier noch die Fahrradfahrer_innen-Bewegung zu nennen, die seit dem Jahr 2012 etwa acht verschiedene Organisationen vereinigt. Sie fordern von den Stadtbehörden die Einrichtung von Fahrradwegen in der Stadt und veranstalten gemeinsame Fahrradtouren.⁴⁰

Eine Besonderheit stellt der schon in den 2000er Jahren von der »Priwat«-Gruppe gebaute riesige jüdische Gemeindekomplex »Menora« dar. Ihor Kolomoisky, Gennadi Bogoljubow und Gennadi Korban, die Chefs der Gruppe, gelten als religiös und geben Geldmittel nicht nur für die Unterstützung der Stadtgemeinde, die der Bewegung Chabad-Lubawitsch angehört, sondern auch für die Unterstützung verwandter Gemeinden weltweit. Der Komplex ist das wohl größte Gebäude einer jüdischen Gemeinde in Europa und eines der modernsten Hochhäuser in Dnipropetrowsk. Ein wesentlicher Teil der Räumlichkeiten wird vermietet. In anderen Räumen befinden sich das Museum der Geschichte der Juden der Ukraine und des Holocausts, ein koscheres Geschäft, ein jüdisches Hotel sowie verschiedene Gemeindedienste, einschließlich der Abteilung für Presse- und Öffentlichkeitsarbeit.

39. <http://www.fes.de/lnk/1ob>; <http://vk.com/ecodnep> (abgerufen am 1.9.2015).

40. <http://dneproveloklub.dp.ua/forum/index.php?topic=2257.0> (abgerufen am 1.9.2015).

Besonders interessant ist das oben erwähnte Museum unter seinem Direktor Ihor Stschupak, das sich auf zwei Stockwerken des Gebäudes befindet und zu einem der erfolgreichsten Museumsneubauten der Ukraine wurde. Außerdem tritt Stschupak als Kulturvermittler ukraineweit erfolgreich auf, indem er zahlreiche Seminare und Ausstellungen vor allem für Lehrkräfte und Schüler in den Nachbarregionen veranstaltet und ihre Teilnehmer nach Dnipropetrowsk bringt. Er veranstaltete ebenfalls erfolgreiche Seminare zur politischen Geschichte der Ukraine, an denen viele ukrainische Historiker teilnehmen.

Das Museum ist eng mit jüdischen Gemeinden und Historiker_innen aus der traditionellen ukrainischen Diaspora in Kanada, den USA und Israel verbunden, während die Kontakte zu den west- und mitteleuropäischen Kolleg_innen (und jüdischen Gemeinden) nicht besonders ausgeprägt sind. Dennoch ist es eines der wichtigsten Zentren des städtischen Kulturlebens.

Empfehlungen

Dnipropetrowsk ist eine für ukrainische Maßstäbe wohlhabende, auf Eigenständigkeit bedachte Stadt. Sie schottet sich gegenüber Außenstehenden bzw. als »fremd« empfundenen Menschen ab, womit in gewisser Weise die örtliche Sowjet-Tradition der – wegen des kriegswichtigen Raketenbaus – »geschlossenen Stadt« weitergeführt wird. Die selbst für ukrainische Maßstäbe dominante Stellung örtlicher, tief verankerter oligarchischer Gruppen führt dazu, dass künftige öffentliche Geldmittel (die z.B. von der EU bereitgestellt werden könnten) in keiner Weise im Verhältnis zu den vor Ort bereits existierenden milliardenschweren Vermögen stehen, die unter Kontrolle der Schlüsseloligarchen stehen. Die Problematik liegt vielmehr in dem derzeit fehlenden freien marktwirtschaftlichen Wettbewerb in der Region, den es nach dem Willen der dort herrschenden Eliten auch nach einer EU-Assoziierung der Ukraine möglichst nicht geben sollte. Damit dürften einer Öffnung für west- und mitteleuropäische Unternehmen einige Hindernisse entgegenstehen. Die totale Dominanz der örtlichen Geschäftslogik unterscheidet die Stadt von Charkiw und Odessa.

Bei jedem Versuch, demokratische Entwicklungen von außen zu unterstützen, sind diese besonderen Gegebenheiten zu berücksichtigen. Von Interesse kann eine stär-

kere Zusammenarbeit gerade deutscher Institutionen mit dem »Menora«-Zentrum sein. Das Zentrum ist zugleich ein Zeichen eines sehr aktiven jüdisch geprägten kulturellen Lebens wie auch Initiator interessanter Projekte im Bereich der modernen Geschichte, was gerade für deutsche Studierende und Promovierende von Interesse sein kann. Dabei könnte der Bekanntheitsgrad von Dnipropetrowsk als multireligiöse Stadt gesteigert werden.

3. Odessa

Odessa ist mit 1,02 Millionen Einwohner_innen (Stand: März 2014) die drittgrößte Stadt der Ukraine. In Odessa befinden sich neben dem größten Hafen des Landes auch einige Industriebetriebe und eine der größten Universitäten der Ukraine. »Die Hauptstadt des Südens« ist genauso wie Charkiw ein urbanes Zentrum in einer ansonsten stark landwirtschaftlich geprägten Region, in der es keine weiteren großen Städte in der näheren Umgebung gibt. Seit ihrer Gründung war die Stadt immer multiethnisch und bestand aus großen albanischen, griechischen, jüdischen, moldawischen, russischen und ukrainischen Gemeinden. Als gemeinsame Sprache diente Russisch, das sich unter Einfluss der jiddischen und ukrainischen Sprache in einen ganz besonderen »Odessaer« Dialekt des Russischen verwandelte. Dank des Freihafens, der das Getreide des ganzen Südens der Ukraine exportierte, entwickelte sich das erst 1794 gegründete Odessa in einem hohen Tempo und wurde bis zum Ende des 19. Jahrhunderts zur drittgrößten Stadt des damaligen Russischen Reiches. Im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts profitierte das auch klimatisch und geografisch begünstigte Odessa von einer starken Binnenmigration. Das trug zur Entstehung des höchst bedeutsamen und bis zur Gegenwart existierenden Mythos der »Perle am Schwarzen Meer« bei, der Odessa jeden Sommer einen mächtigen Touristenstrom garantiert. Im russischsprachigen Kulturraum wird Odessa bis heute im Mainstream als »russische« oder »russisch-jüdische« Stadt wahrgenommen, die nur »zufällig« zur Ukraine gehöre und deshalb gegen jegliche Ukrainisierungsversuche verteidigt werden müsse.

Ethnische Vielfalt der Oblast Odessa und Einstellungen zur EU als Faktor der Instabilität

Die Oblast Odessa ist genauso multiethnisch wie Odessa selbst, allerdings leben die nationalen Minderheiten jeweils in kompakten Siedlungsgebieten. Der Nordteil der Oblast wird hauptsächlich von ethnischen Ukrainer_innen besiedelt. In ihrem südwestlichen Teil bilden ethnische Moldawier_innen und Bulgar_innen, insbesondere auf dem Land und in Kleinstädten, einen großen Bevölkerungsanteil, wobei viele von ihnen erst in den 1970er und 1980er Jahren anfangen, Russisch zu sprechen. Die Küste wiederum wird von einer gemischten, hauptsächlich russischsprachigen Bevölkerung besiedelt, wobei es in den Hafenzentren und ehemaligen Garnisonsorten Bilhorod-Dnistrovskyj, Illitschiwsk und Isjum eine große Anzahl von ethnischen Russ_innen gibt. Ein nicht geringer Teil der in Odessa lebenden ethnischen Russ_innen hat – schon seit der Zeit vor der Oktoberrevolution – das Gefühl, in einer sprachlich und teils auch kulturell fremden Umgebung ein russischer »Vorposten« zu sein. Das begünstigt das organisierte Auftreten des russischen Nationalismus und einer politisch gefärbten Orthodoxie Moskauer Prägung, was in anderen Regionen der Ukraine geradezu unvorstellbar wäre.

Allerdings sind »prorussische« Einstellungen nicht unbedingt deckungsgleich mit der ethnischen Herkunft. So waren vier von fünf »prorussischen« Hauptgesprächspartner_innen in Odessa keine ethnischen Russen und ebenso etwa zwei Drittel der dortigen »proukrainischen« Gesprächspartner keine ethnischen Ukrainer_innen.

Die Wahl des Standpunktes und der politischen Perspektive hängt zumindest in Odessa also nicht nur mit der Ethnie zusammen, sondern geht mindestens genauso auf die jeweilige soziokulturelle Herkunft und Prägung und das historische Bewusstsein zurück. So bleibt im politischen Milieu von Odessa das Gedächtnis an die angeblich »goldene sowjetische Epoche« im hohen Maße präsent, als Durchschnittsbürger noch einen gleichberechtigten Zugang zu sozialen Dienstleistungen hatten und sich auch keine Gedanken über die von ihnen gesprochene Sprache und über die Weitergabe dieser Sprache an ihre Kinder machen mussten. Darüber hinaus bedeuteten für sie Kenntnisse der russischen Sprache den Zugang zur »weiten Welt« und eine Verbesserung ihrer eigenen sozialen Perspektiven sowie derjenigen ihrer Kinder. Das Russische wird ebenfalls mit der besonderen

Stadtidentität assoziiert, nicht zuletzt auch, um sich von der ländlichen, provinziellen Kultur und der mit ihr seit Sowjetzeiten in Verbindung gebrachten ukrainischen Sprache abzusetzen.

Vor diesem historischen Hintergrund wurde das in den 1990er und 2000er Jahren zuerst von Mitgliedern der Partei »Ruch« (»Die Volksbewegung der Ukraine«) und später von den »Orangenen« vorgeschlagene Konzept der Ukrainisierung und der nachfolgenden Ausrichtung auf die westeuropäische Kultur von Vielen in der Region Odessa abgelehnt. Trotz der direkten Nachbarschaft zur EU (die Oblast Odessa grenzt an Rumänien) kennen die meisten Menschen, im Unterschied zu den Einwohner_innen der westlichen Ukraine, das Europa der Europäischen Union gar nicht oder kaum und sind deswegen durchaus bereit, auch plumpe Propaganda (Stichwort: »Gayropa«) für bare Münze zu nehmen.

Als Beispiel ist der Bericht eines Gesprächspartners anzuführen, der zehn Jahre lang als Priester in einem ethnisch bulgarischen Dorf an der Grenze zu Moldawien tätig war. Ukrainische Beamte forderten demnach durchgängig von der bulgarischen Bevölkerung, deren wesentlicher Teil Russisch als erste Fremdsprache erst seit Ende der 1970er Jahre spricht, die ukrainische Sprache zu erlernen und Unterlagen ausschließlich auf Ukrainisch einzureichen. Sie erklärten ebenfalls, dass die Bauern laut künftiger EU-Vorschriften bei lokalen Behörden ihr gesamtes Vieh und Geflügel registrieren lassen sollten. Die Bauern, die de facto von Subsistenzwirtschaft leben, schlussfolgerten, dass nach der Registrierung sogleich eine Steuer oder eine andere finanzielle Belastung kommen würde. Um die Erfüllung dieser angeblichen EU-Vorschriften zu vermeiden, bestachen sie, in landesüblicher Form, die dortigen Beamten und lehnen seither »Europa« als Gefährdung ihrer traditionellen Lebensweise ab.

In Intellektuellenkreisen, zum Beispiel an der Philosophischen Fakultät der Universität zu Odessa, sieht es mit Kenntnissen zum Thema EU kaum besser aus. Es gibt beispielsweise an der Historischen Fakultät einen Raum, der dem Thema der europäischen Integration gewidmet ist. Nach den Worten eines der Gesprächspartner, der sein Studium an derselben Fakultät gerade beendet, handelt es sich bei dem erwähnten Raum um eine Fortführung des sogenannten »Lenin-Zimmers« zu Zeiten der Sowjetunion. Der Raum, in dem sich Broschüren und die blaue EU-Fahne finden, steht ansonsten weitgehend leer

und wird nur selten benutzt. Das Interesse an mittel- und westeuropäischen Lektor_innen oder Gastwissenschaftler_innen ist bei den Studierenden zwar vorhanden, doch gibt es an der Fakultät aktuell praktisch keine Studierenden aus EU-Ländern, und Lektor_innen aus EU-Staaten kommen nur einmal im Jahr nach Odessa, wohlgermerkt, an eine der größten und renommiertesten Universitäten der Ukraine.

Als Ergebnis kann festgehalten werden, dass sich sowohl in Odessa selbst als auch in den südlichen Bezirken der Oblast innerhalb der nicht-ukrainischsprachigen Bevölkerung ein umfangreiches Sammelbecken von prorussischen Ansichten herausgebildet hat, das zudem imstande ist, auch Teile der ukrainischsprachigen Bevölkerung und der russischsprachigen ethnischen Ukrainer_innen anzuziehen.⁴¹ Diesem Milieu stehen sowohl die proukrainische Seite – die nicht immer deckungsgleich mit Ukrainischsprachigkeit ist –, als auch die gemäßigten Anhänger_innen des »besonderen Odessa« gegenüber. Letztere halten ein Eingreifen Russlands oder die Zuwendung zu Russland für unnötig und bestehen zugleich auf die Bewahrung der Besonderheit von Mentalität und Kultur der Stadt.

Politisch gefärbte Orthodoxie in Odessa

Eines der Schlüsselemente der prorussischen Gemeinschaft in der Oblast bildet das Milieu aktiver orthodoxer Laien und Geistlicher in der Stadt Odessa. Innerhalb der lokalen russisch-orthodoxen Gemeinde war es bereits in der Vergangenheit zur Bildung fremdenfeindlicher Gruppen gekommen. Während der sowjetischen und postsowjetischen Zeit war Odessa für die russisch-orthodoxe Kirche (ROK) und insbesondere für die ukrainisch-orthodoxe Kirche des Moskauer Patriarchats (UOK-MP) ein wichtiges religiöses Zentrum. Dies wird an den politischen Stellungnahmen des Leiters der russisch-orthodoxen Diözese, des Metropoliten Agafangel deutlich, der selbst aus Russland stammt. Agafangel selbst erhielt diesen Posten 1992, nachdem sein Vorgänger wegen Sympathien mit der neu geschaffenen UOK-KP auf die Krim versetzt wurde. Der prorussische Nukleus

41. Laut der jüngsten Meinungsumfrage (Stand 29. Mai 2015) beträgt die Zahl der EU-Beitrittsgegner in den Südregionen der Ukraine 40 Prozent der Bevölkerung (<http://www.unian.ua/society/1091560-kilkist-prihilnikiv-ukrajini-v-es-zmenshilas-na-4-ale-proevropeyski-nastroji-perevajajut-opituvannya.html>, abgerufen am 1.9.2015).

sind eindeutig das Heilig-Uspenski-Kloster und die dort tätigen Geistlichen, Seminaristen und aktiven Laien. Die durchgeführten Interviews bestätigten, dass zahlreiche Priester in der Stadt eindeutig prorussische Ansichten teilen.

In diesen Ansichten folgen ihnen große Teile der Gläubigen. Man geht davon aus, dass von den insgesamt 40 orthodoxen Gemeinden in der Stadt Odessa etwa die Hälfte als prorussisch eingestuft werden kann, inklusive Kloster und Priesterseminar. Die Zahl der politisch und religiös aktiven prorussischen Orthodoxen beträgt ca. 4000 Personen, wobei bis zu 10000 mobilisiert werden können. Wesentlich größer ist wiederum das dahinter stehende Wählerpotenzial.

Seit den 2000er Jahren zog es den Metropoliten Agafangel in die Politik. Bei den Regionalwahlen 2006 war er Spitzenkandidat der Liste der »Partei der Regionen« und legte sein Abgeordnetenmandat erst im März 2014 nieder. Daneben ist es in Odessa ein offenes Geheimnis, dass er die Kontrolle über einen Hafenkai besitzt und dadurch am Güterumschlag und -export mitverdient. Dieses Geschäft schafft der Kirche vor Ort eine gewisse Unabhängigkeit vom Kirchenvolk und hilft ihm persönlich, seine guten Beziehungen zur regionalen Elite zu erhalten.

Die politisch turbulente Umbruchszeit des vergangenen Jahres verbrachte der Kirchenmann in Baden-Baden und kehrte im Juni 2014 nach Odessa auf seinen Posten zurück. Seither war er gezwungen, auf die prorussische Rhetorik in seinen öffentlichen Ansprachen zu verzichten. Ähnliche Entwicklungen sind für andere bekannte prorussische Popen festzustellen: Erzpriester Oleg Mokrjak, der ebenfalls durch seine weit verzweigten Beziehungen zu den sich zur »politischen Orthodoxie« bekennenden Gruppen bekannt war, hat ebenso seine prorussische Rhetorik eingestellt. Sein Gesinnungsfreund, der Diözesan-Sekretär Andrej Nowikow, ging ins Exil nach Moskau und erhielt dort eine große Gemeinde übertragen, die er sogleich in ein Hilfszentrum für »Neurussland« verwandelte. Einer der bekanntesten Anhänger der »politischen Orthodoxie« in der Oblast Odessa, Alexej Greku, wurde hingegen wegen seiner Aufforderung zum bewaffneten Kampf zu vier Jahren Haft auf Bewährung verurteilt.⁴² Im

42. http://www.religion.in.ua/news/ukrainian_news/28745-yeks-sekretar-odesskoj-eparxii-upc-schitaet-svyashhennika-osuzhdennogo-zaprivyvy-s-oruzhiem-v-rukax-vystupit-protiv-kiievskoj-fashistkoj-xunty-svyashhennoispovednikom.html (abgerufen am 1.9.2015).

Mai 2015 wurde schließlich der Pressesprecher des Metropoliten, Dmitri Piwen, vom ukrainischen Geheimdienst verhaftet, weil ihm auf seiner Geburtstagsparty eine Torte mit der Aufschrift »VRD (Volksrepublik Donezk)« geschenkt wurde.

Dass der Metropolit Agafangel dennoch eine bedeutende Figur für die Oblast bleibt, zeigt die Tatsache, dass er im Juni 2015 von der an der Grenze zu Rumänien gelegenen Stadt Wylkowe den Titel des Ehrenbürgers verliehen bekam.⁴³ Den Ehrenbürgerstatus von Odessa hat er seit 2004 inne, zum Ehrenbürger der Oblast wurde er 2010.⁴⁴ Außerdem ist er ebenfalls Ehrenbürger von drei weiteren Städten, die im Südwesten von Odessa liegen: Ismajil (Verleihung im Jahr 2012), Bilhorod-Dnistrovskij (2013) und Illitschiwsk (2013).⁴⁵ Diese Städte sind die Hauptzentren prorussischer Aktivitäten in der Oblast und große Garnisonsstandorte der ehemaligen Sowjetarmee.

Während der »Revolution der Würde« sah die Situation in Odessa im Vergleich zu den anderen ukrainischen Großstädten am widersprüchlichsten aus. Neben auffälligen proukrainischen Aktionen veranstalteten die »Antimaidan«-Anhänger ebenso aktiv ihre eigenen Kundgebungen. Der »Antimaidan« hatte unter anderem wegen diverser Gruppen, die aus Städten im südwestlichen Teil der Oblast kamen, einen hohen Mobilisierungsgrad und wurde von einigen Abgeordneten der Oblast- und Stadträte unverhohlen unterstützt. Ebenso erhielt er offensichtlich Unterstützung aus Russland und griff mehrmals die Kundgebungen der proukrainischen Seite an. Im Frühling 2014 gelang es dem »Antimaidan« einige Male, Massenkundgebungen zu veranstalten, deren Teilnehmerzahl sich auf bis zu 10000 Personen belief. Wie auch im Donbass-Raum wurde die Gründung einer »Volksrepublik Odessa« erklärt; außerdem wurden Kampfgruppen gebildet. Die Analyse der Biographien der während der Ereignisse vom 2. Mai 2014 ums Leben gekommenen Personen zeigt, dass der »Antimaidan« die Anhänger verschiedenster politischer Strömungen sowie verschiedener ethnischer Identität vereinigte: die äußerste

43. http://www.religion.in.ua/news/ukrainian_news/29260-odesskij-mitropolit-agafangel-stal-pochyotnym-grazhdaninom-vilkovo.html (abgerufen am 1.9.2015).

44. http://society.lb.ua/life/2010/02/24/28394_mitropolit_agafangel_i_deputat_g.html (abgerufen am 1.9.2015).

45. Gleichzeitig ist er aber kein Ehrenbürger von einer der Städte des nördlichen, ukrainisch geprägten Teil der Oblast.

Linke (Komsomolz_innen⁴⁶, Borotbist_innen⁴⁷), die äußerste Rechte (Monarchist_innen, einige Kosakenorganisationen), ehemalige Militärs der Sowjetarmee (Offiziere, Fallschirmjäger, Afghanistan-Veteranen) und deren erwachsene Kinder.

Nach der russischen Krim-Annexion und in der Zeit des sogenannten russischen Frühlings distanzieren sich zudem große Teile der Stadt- und Oblastbehörden von den in Kiew getroffenen politischen Entscheidungen. Dieses Machtvakuum begünstigte die Entstehung der blutigen Auseinandersetzungen vom 2. Mai 2014. Aus einigen Untersuchungen, die derzeit parallel durchgeführt werden, ergibt sich vorläufig, dass proukrainische Geschäftsleute planten, die auf dem Kulikow-Feld – einem Platz am Rand des Stadtzentrums mit Verwaltungsgebäuden – im Frühling 2014 dauer-campierenden Antimaidan-Aktivisten gegen Geld auf ihre Seite zu locken. Diese Geschäftsleute vereinbarten mit den Anführern der »Antimaidan«-Bewegung ihren Abzug aus dem Stadtzentrum. Allerdings entschieden diese Anführer stattdessen, auf schutzlose und in der Minderheit befindliche proukrainische Aktivist*innen loszugehen, die gerade einen Aufzug von Fußballfans durchs Stadtzentrum unterstützen wollten. Möglicherweise erhoffte man sich sogar die Unterstützung der Miliz, die die Antimaidan-Gruppe begleiten sollte. Der Angriff von etwa 200 zum Teil mit Feuer- und Stichwaffen ausgerüsteten »Antimaidanern« führte zum Tod einiger proukrainischer Aktivist*innen, stieß dann aber auf den Widerstand von normalen Bürger_innen, die mittags diesen Angriff mitten im belebtesten Teil des Stadtzentrums beobachteten.⁴⁸ Letzten Endes wurde der aggressivste Teil der Angreifer entwaffnet und verhaftet. Danach marschierten die proukrainischen Aktivist*innen und die Zeug_innen dieser Ereignisse jedoch bis zum Kulikow-Feld, verbrannten das verlassene Lager und fingen an, das Gewerkschaftshaus der Stadt zu stürmen, das eine Stunde vorher von den »Antimaidanern« erobert worden war und wo sich die restlichen »Antimaidan«-Anhänger verbargen. Das Gewerkschaftshaus geriet schnell in Brand, weil beide Seiten Molotowcocktails einsetzten und es im Gebäude viel Material aus Holz gab,

das dorthin gebracht worden war, um den Eingang zu sperren. Aufgrund dieses Brandes kamen 42 Personen ums Leben, weitere sechs Personen kamen während der Auseinandersetzungen im Stadtzentrum ums Leben. Einige weitere Personen wurden verprügelt oder getötet, als sie versuchten, das Gebäude zu verlassen.

Die Tragödie vom 2. Mai verdeutlichte die Stimmungslage in Odessa in Bezug auf die russisch-ukrainische Auseinandersetzung. Sie zeigte, dass es im Großen und Ganzen in Odessa kein »Donbass-Szenario« gab und gibt. Jedoch gibt es hier weiterhin viele Sympathisant_innen der prorussischen Bewegung, sowohl in der Stadt als auch in der Oblast. Die überlebenden »Antimaidan«-Aktivist*innen teilten sich in solche, die seither schweigen, solche, die ins Exil in den Donbass, auf die Krim oder nach Russland gingen, und in solche, die in den Untergrund abtauchten. Die Ereignisse wirkten schockierend auf die prorussische Sache vor Ort, unterstützt noch durch die Berichterstattung des russischen Fernsehens, wonach »Faschisten« in Odessa prorussische Aktivist*innen »lebendig verbrennen«.

Jedoch war die Geschichte der organisierten prorussischen Infrastruktur in Odessa und in der Oblast offensichtlich mit dem 2. Mai 2014 noch nicht zu Ende, abgesehen davon, dass die proukrainische Seite die »Antimaidan«-Lager zerstörte und der ukrainische Geheimdienst die separatistischen Organisationen bekämpfte. Bereits am 3. Mai gelang es den Verwandten und Sympathisant_innen, für die einen Tag vorher verhafteten Kämpfer die Freilassung zu erreichen. Viele von ihnen verschwanden danach in die Illegalität.

Im Mai und Juli 2014 bildete sich in Odessa und in der Oblast der sogenannte »Odessaer Untergrund«⁴⁹ heraus und begann seine Arbeit. Der »Odessaer Untergrund« unterhält intensive Beziehungen zu den beiden »Volksrepubliken« im Osten der Ukraine. Dort kämpfen zwei Trupps aus Odessa, darunter »OBRON Odessa« (»Die selbstständige Sonderbrigade Odessa«), die bis zum Januar 2015 vom ehemaligen Kommandanten des Lagers auf dem Kulikow-Feld, Alexej Fominow, geleitet wurde.

Im Herbst und Winter 2014/15 verübte dieser Untergrund fast jede Woche Sprengstoffanschläge auf Büros proukrainischer Parteien oder auf Geschäfte, deren Ei-

46. Mitglieder der Jugendorganisation der Kommunistischen Partei der Ukraine.

47. Borotba = ukr., Kampf. Politische Gruppe, die links von der Kommunistischen Partei der Ukraine stehende, dabei aber national inspirierte militante Anhänger versammelt.

48. Siehe zum Beispiel den Detailbericht des russischen Forschers (er ist Odessit) Aleksej Titkow: <http://www.politcom.ru/article.php?id=18819> (abgerufen am 1.9.2015).

49. Siehe das Interview mit einer seiner Führungspersonen: http://marlenfish.blogspot.ru/2015/02/blog-post_24.html#more (abgerufen am 1.9.2015).

gentümer_innen mit der Ukraine bzw. der ukrainischen Armee offen sympathisierten, auf Privatwohnungen proukrainischer Aktivist_innen sowie auf Eisenbahnstrecken. Verletzt wurde dabei niemand. Im April 2015 hörten die Anschläge vorübergehend auf, nachdem der Geheimdienst der Ukraine eine Razzia mit zahlreichen Verhaftungen durchführte. Allerdings gingen die Anschläge im Juni 2015 weiter.

Wer die Mitglieder des Odessaer Untergrunds sind, ist nicht eindeutig zu sagen, da der Geheimdienst nur über die Anzahl der Verhafteten berichtet, nicht aber über ihre politischen Hintergrund und ihre Organisationsangehörigkeit. Auf Grund von der Öffentlichkeit zugänglich gemachten Angaben kann man aber davon ausgehen, dass einige der Verhafteten vorher im Donbass-Raum gegen die Ukraine kämpften. Wie die russische Presse und Blogger_innen mitteilten, gibt es im »Odessaer Untergrund« überproportional viele politisch weit Linksstehende, was der politischen Positionierung der Aktivist_innen des Kulikow-Feldes entspricht. Denn bereits dort fand man unter den ermordeten Personen zahlreiche Vertreter_innen verschiedener radikal-linker Organisationen. Andererseits wurden im April 2015 auch 29 Mitglieder der Gruppe »Das Odessaer Kosakenkadettenkorps« unter Leitung von Witali Naslymow verhaftet. Diese prorussische und von Afghanistan-Veteranen gegründete Gruppe hatte ein eigenes Trainingslager innerhalb der Stadt (»Lehrzentrum für Taktikübungen«) unter ihrer Kontrolle und verdiente mit der Bewachung eines Erdöllagers Geld, wodurch ihr auf legale Weise Waffen zur Verfügung stand.⁵⁰ Die Fotos, die ihre Führungspersonen 2011 und 2012 in den sozialen Netzwerken veröffentlichten, zeugen davon, dass sich in der Gruppe gleichermaßen prosowjetische, orthodoxe, kosakische sowie monarchische Großmachtideologien finden. Die Tatsache, dass eine solche Gruppe fast ein Jahr nach den Ereignissen vom 2. Mai 2014 noch existiert und in der Lage ist, Terroranschläge durchzuführen, zeigt nicht nur die geringe Effektivität der regionalen Sicherheitsorgane. Sie beweist auch, dass der prorussische Untergrund relativ groß sein muss und dass hier weitere Aktivitäten zu erwarten sind.

Gegenwärtig kann man in der Stadt mithin mindestens drei Zentren der prorussischen Aktivitäten benennen. Erstens ist es die Gemeinschaft der orthodoxen Aktivis-

ten, die vom ehemaligen Abgeordneten des ukrainischen Parlaments, Sergej Kiwalow, geleitet wird. Kiwalow ist ebenso wie Metropolit Agafangel einer der Meinungsführer des prorussischen Teiles der Öffentlichkeit in Odessa. Zweitens ist es die Vereinigung von Gruppen pensionierter Militärangehörigen sowie Kriegsveteranen, einschließlich des örtlichen »Verbandes der sowjetischen Offiziere«⁵¹. Drittens ist die Gemeinschaft verschiedener linker Gruppen an der Historischen Fakultät der Universität zu Odessa zu nennen, die mehrheitlich stark prorussisch orientiert ist. In den südwestlichen Bezirken der Oblast Odessa sind daneben Aktivist_innen des »Volksrates von Bessarabien« tätig, die eng mit russischen und transnistrischen Geheimdiensten verbunden sind.⁵²

Proukrainische Aktivitäten

Die proukrainischen Kräfte in Odessa sind zahlreich, werden aber schlecht koordiniert. Sie verfügen über kein gemeinsames und ständig funktionierendes Forum wie in Charkiw und hatten zumindest vor dem Amtsantritt des neuen Gouverneurs Michail Saakaschwili im Juni 2015 auch keine systematische Unterstützung seitens der Oblastbehörden (so wie in Dnipropetrowsk) oder der städtischen Behörden, was sich allerdings nun ändern könnte. Dabei arbeiteten sie in vielen Einzelfragen mit den Behörden zusammen, auch als es um die Verteidigungsfähigkeit der Stadt und Hilfen für Armee und Flüchtlinge ging.

Ein wesentlicher Unterschied Odessas zu den anderen untersuchten Städten liegt darin, dass die proukrainischen Aktivisten echten Druck auf das soziale Gefüge der Stadt ausüben, um prorussischen Gesinnungen entgegenzutreten. So hatte die führende Gruppe »Selbstverteidigung« im April 2015 im Gebäude des regionalen Wehersatzamts im Zentrum von Odessa ihren Sitz. Im Gebäude befand sich eine bewaffnete Gruppe, es wurde Streife gefahren, und es wurden Kommandeure und Vertreter der ukrainischen Truppen aufgenommen. Auf der in der Nähe liegenden Hauptstraße der Stadt, der Deribassowskaja-Straße, war demonstrativ eine Streife der »Selbstverteidigung« präsent, die durch einen militärischen Geländewagen begleitet wurde. Zur selben

50. Einige Informationen über diese Gruppe werden hier veröffentlicht: <http://odessa.comments.ua/news/2015/04/09/153300.html> (abgerufen am 1.9.2015).

51. http://www.ofhonor.net/view_post.php?id=883 (abgerufen am 1.9.2015).

52. <http://dumskaya.net/news/v-odesskoj-oblasti-sbu-provela-novuyu-operaciyu-047611> (abgerufen am 1.9.2015).

Zeit wurde in Charkiw von zivilen ukrainischen Aktivisten erst ein Zelt vor dem Oblast-Verwaltungsgebäude aufgebaut, in dem man Spenden für die ukrainische Armee sammelte, und in Dnipropetrowsk gab es außer einer einmaligen Abendveranstaltung neben der Oblastverwaltung noch nicht einmal öffentliche Präsenz der proukrainischen Kräfte). Wie oben dargestellt, sind dabei die Grenzen des Handelns der »Selbstverteidigung« sowie anderer ähnlicher Organisationen unklar. Es kam bereits zu verschiedenen Gesetzesverstößen. So erstürmten und zertrümmerten im Juni 2015 Mitglieder des »Rechten Sektors« das Büro des Oblast-Komitees der Kommunistischen Partei der Ukraine.

Allerdings verfügen die proukrainischen Kräfte über deutliche Sympathien bei einem erheblichen Teil der Bürger_innen – darunter auch russischsprachige Bürger_innen – und insbesondere seitens der gebildeten Mittelschicht. Sogar russischsprachige Vertreter_innen der Mittelschicht, die gegenüber radikalen Formen des ukrainischen Nationalismus ziemlich skeptisch sind, äußern mehrheitlich keine prorussischen Sympathien. Ein Beispiel dafür ist das Engagement des »Öffentlichen Ausschusses für die Ermittlung der Ereignisse vom 2. Mai« und des in der Stadt populären Internetportals »Dumskaja.net«⁵³, dessen führender Journalist Sergej Dibrow an der Ausschussarbeit teilnimmt. Es ist offensichtlich, dass die Mittelschicht durch systematische Angebote zur Zusammenarbeit seitens der neuen regionalen Verwaltung mobilisiert werden kann. Diese Mobilisierung kann auch gegenüber neuen Versuchen der prorussischen Kräfte, die Kontrolle über die Stadt zu erlangen, durchgeführt werden.

Korruption und Armut als potenzielle Quelle für soziale Unruhen

Das Kernproblem von Odessa und der Oblast Odessa ist jedoch nicht die Auseinandersetzung zwischen prorussischen und proukrainischen Kräften, sondern große sozialpolitische und wirtschaftliche Probleme. Unter den Gesprächspartnern herrschte Konsens, dass die regionalen und städtischen Behörden auf allen Ebenen selbst für ukrainische Verhältnisse extrem korrumpiert seien. Diese Situation hat einen direkten negativen Einfluss auf die Wirtschaftskraft der Region. Aus diesem Grund gibt es

derzeit keine Möglichkeit, sich die Vorteile, die sich für die Stadt durch die russische Annexion der Krim ergaben, in vollem Maße zu nutzen. Nach der Annexion verwandelte sich die Oblast Odessa automatisch in die Haupttourismusregion des Landes, und die Oblast müsste, aller Logik nach, eigentlich ein erhöhtes Steueraufkommen aufzeigen, nachdem sich der Güterumschlag im Hafen wegen des Verlusts der Krim-Häfen erhöhte. Doch keiner der beiden Faktoren führte bisher zu einer verbesserten wirtschaftlichen Situation von Stadt und Region.

Viele Umstände zeugen von einer grundlegenden Krise des bisherigen Verwaltungsmodells. Das Stadtbild von Odessa, wo mit Ausnahme einiger zentraler Stadtviertel jahrzehntelang keine Reparaturarbeiten an den Gebäuden durchgeführt wurden, spricht Bände. Außerhalb der Touristensaison bilden auffällig arm Gekleidete bzw. Bettler und Obdachlose die Bevölkerungsmehrheit im Stadtzentrum. Die neuen, postrevolutionären Herrscher machten auf kommunaler Ebene vor allem dadurch auf sich aufmerksam, dass es Versuche gab, das Odessaer Erdölverarbeitungswerk (EVW) und dessen Gewinne neu aufzuteilen. Immerhin gab es aber auch Versuche gesellschaftlich aktiver Bürger_innen, die hemmungslose Privatisierung der letzten kostenlosen Stadtstrände zu stoppen; außerdem haben die Einwohner_innen des Stadtzentrums gegen den Bau neuer »Wolkenkratzer« demonstriert.⁵⁴

Seit Mai 2015 ist Gennadi Truchanow neuer Bürgermeister von Odessa. Er ist die ehemalige Hauptfigur der örtlichen »Partei der Regionen« und ehemaliger Offizier der sowjetischen Armee. Seine ersten beruflichen Schritte unternahm er in den 1990er Jahren im Sicherheitsgewerbe, was de facto unter den gegebenen lokalen Umständen nicht ohne Kontakte zu kriminellen Gruppen möglich war. »Spiegel Online« nannte ihn prägnant einen »Gewährsmann der Mafia«⁵⁵. Der ehemalige Bürgermeister Eduard Gurwiz, der von 1994 bis 2010 amtierte und nun für Wladimir Klitschkos Partei »Udar« (»Schlag«) antrat, verlor gegen ihn und konnte auch wegen verschiedener Bestechungsskandale aus der Zeit seiner letzten Amtsperiode keinen Erfolg mehr erringen.

53. <http://dumskaya.net/> (abgerufen am 1.9.2015).

54. <http://newsme.com.ua/ukraine/2570604/> (abgerufen am 1.9.2015).

55. <http://www.spiegel.de/politik/ausland/ukraine-buergermeisterwahl-in-odessa-a-970339.html> (abgerufen am 1.9.2015).

In dieser Hinsicht war die Ernennung von Michail Saakaschwili zum Gouverneur vor dem Hintergrund seiner Erfahrung mit der Korruptionsbekämpfung in Georgien konsequent. Allerdings dürften erst der Wahlsieg von Truchanow und die Passivität des vorigen Gouverneurs diese Entscheidung angestoßen haben. Sollte es in der Korruptionsbekämpfung vor Ort keine baldigen Fortschritte geben, dann können selbst starke soziale Unruhen in Odessa im kommenden Winter nicht ausgeschlossen werden.

Wirtschaftliche Aussichten

Außer der grundlegenden Transformation der Stadtverwaltung muss der neue Gouverneur parallel die großen Probleme der städtischen Wirtschaftsentwicklung lösen. Hier kann die Verlegung des Odessaer Seehandelshafens vom historischen Stadtzentrum an den Stadtrand als zentrales Thema gelten. Der alte Hafen ist nicht nur schlecht geeignet für moderne, große Schiffe, er verursacht auch große Probleme im Stadtzentrum: So ist es sehr kompliziert, vom Hafen eine Ladung durch die engen Straßen der Stadt zu transportieren. Außerdem beeinträchtigt der Hafen das Stadtbild und damit das touristische Image, da er im Zentrum von Odessa eine Uferpromenade und den Zugang zum Meer verhindert. Stattdessen wird der Blick durch riesige Erdöltanks und Containerterminals verstellt.

Ein weiteres großes Problem ist die Qualität der kommunalen Betriebe, wie z.B. der Müllentsorgung. In dieser Hinsicht erinnern sich viele Einwohner wehmütig an die Jahre 1996 bis 1999, als ein deutsches Unternehmen das Problem anging. Im Laufe weniger Monate wurden Reparaturarbeiten an öffentlichen Gebäuden durchgeführt und die Müllabfuhr in Ordnung gebracht.⁵⁶ Allerdings wurde diese ausländische Gesellschaft bald aus der Stadt vertrieben und durch eine ukrainische Firma ersetzt.⁵⁷

Das dritte der genannten Probleme ist die Frage, wie sich das historische Stadtzentrum weiterentwickeln wird. 20 bis 25 Stockwerke hohe Neubauten mit »Blick aufs Meer« stehen gegenwärtig neben zerfallenen und zerborstenen Mauern von heruntergekommenen, kleineren

Gebäuden. Wird die Politik der Zerstörung des alten Zentrums fortgesetzt oder wird sie durch eine Politik der Bewahrung des historischen Erbes und seiner sorgfältigen Rekonstruktion ersetzt? Wenn man die Bebauung von Tiflis und Batumi in Georgien im letzten Jahrzehnt vor dem Hintergrund der Herkunft des neuen Gouverneurs in Betracht zieht, so ist zu befürchten, dass dem historischen Zentrum von Odessa nur geringe Überlebenschancen bleiben.

Neben dem Hafen, dem Seebad und außer Betrieb gesetzten Industrieunternehmen sowjetischer Art verfügt Odessa durchaus auch über ein Potenzial im intellektuellen Bereich. Dies gilt in erster Linie für den IT-Sektor (einschließlich Programmierern, die in die EU und in die USA ziehen, um dort Geld zu verdienen, oder die sich an Ort und Stelle mit »offshore programming« befassen) sowie die Bereiche Medizin und Rechtswesen. Der Amtsantritt von Michail Saakaschwili schürt die Hoffnungen auf einen wirtschaftlichen Aufschwung für das Jahr 2016. So führte er direkt nach seinem Amtsantritt am 14. Juni 2015 eine Veranstaltung »zur strategischen Planung der Region Odessa« durch, wo etwa 600 Personen aus Zivilgesellschaft und Politik ihre Vorschläge zur Entwicklung der Oblast einbringen konnten.⁵⁸ Jedoch ist, insbesondere nach den in Georgien gezeigten autoritären Tendenzen Saakaschwilis, eine gesellschaftliche und, wenn möglich, auch vom Ausland aus unterstützte Kontrolle über seine Tätigkeit nötig.

Empfehlungen

Es ist die offensichtliche Aufgabe des vor Ort mit niemandem verbundenen neuen Gouverneurs, praktisch das ganze staatliche Verwaltungssystem und damit auch die Funktionsweise des gesellschaftlich-politischen Lebens der Oblast zu ändern sowie neue Richtlinien zur wirtschaftlichen Entwicklung und internationalen Zusammenarbeit zu setzen. Diesbezüglich dürfte einer Hilfe durch die west- und mitteleuropäischen Staaten nichts mehr entgegenstehen. Im Prinzip steht alles auf der Tagesordnung, was mit der Verwaltung der Stadtwirtschaft und der Lösung der sozialen Probleme einer großen Hafenstadt zu tun hat. Diesbezüglich hat Deutschland viel Erfahrung, die unter anderem von den Landes- und

56. <http://www.segodnya.ua/regions/odessa/koroli-alfaterov---canitary-odeckikh-ulits.html> (abgerufen am 1.9.2015).

57. Die Geschichte dieser Verdrängung: http://gazeta.zn.ua/LAW/musorok_v_stepyah_ili_popytka_analiza_polozheniya_na_odesskom_rynke_uslug_po_vyvozu_tverdih_bytovyh.html (abgerufen am 1.9.2015).

58. <http://dumskaya.net/post/prosto-misha-saakashvili-kogda-est-bol/author/> (abgerufen am 1.9.2015).

Stadtregierungen unter sozialdemokratischer Führung in Bremen, Hamburg, Wilhelmshaven usw. angesammelt wurde. In Odessa ist insbesondere die Erfahrung von kommunalen Unternehmen von Bedeutung, die sich mit Wohnungsbau und -instandhaltung beschäftigen.

Zweitens sollte versucht werden, den oben beschriebenen Mangel an Programmen und Zusammenarbeit mit europäischen Hochschulen zu beheben. Dazu können die Organisation von Vorlesungen, Seminaren und Konferenzen sowie Austauschprogramme und Sprachunterricht zählen. Besonders wegen der geografischen Nähe zur EU müssten EU-geförderte Projekte, gerade im Bildungs- und Hochschulbereich, in Odessa viel mehr in den Fokus genommen werden als das bisher geschah.

Teil 3: Schlussfolgerungen

Die politische und wirtschaftliche Situation im Osten und Süden der Ukraine sieht insgesamt nicht rosig aus. Das liegt in erster Linie nicht an der Auseinandersetzung zwischen Russland und der Ukraine, sondern an der gesellschaftspolitischen Situation im ganzen Land. Die »Revolution der Würde« wurde von der Bevölkerungsmehrheit vor Ort jeweils nicht in dem Maße unterstützt wie von der Mehrheit der Elitenvertreter_innen in den untersuchten Regionen. Allerdings wurde auch die russische Annexion der Krim und die Rolle Russlands im Konflikt in der Ostukraine nirgendwo sonst nennenswert unterstützt. Stattdessen bewirkte sie das Gegenteil und rief einen Aufschwung von proukrainischen Einstellungen in der Bevölkerung hervor, was den Reformern im Sommer und Herbst 2014 zeitweilig Rückhalt gab. Dies erlaubte es ihnen, die prorussischen Kräfte in allen untersuchten Regionen niederzuhalten, gewährleistete aber keine dauerhafte Unterstützung für die wirtschaftlichen und politischen Reformen. Bisher wurden unmittelbar vor Ort »pro-europäische« Reformen nur in einem sehr beschränkten Maß durchgesetzt.

Das Absinken des Lebensstandards der Bevölkerung innerhalb kürzester Zeit sowie das Fehlen eines klaren Reform(zeit)planes trugen in den untersuchten Regionen zum Erfolg der jeweiligen lokalen Eliten bei, die früher mit der »Partei der Regionen« verbunden waren und sich inzwischen im »Oppositionellen Block« vereinigen. Weitere Ursachen liegen darin, dass die Regierungsparteien erstens mit dem Krieg mit Russland beschäftigt sind,

zweitens nicht über eine ausreichende Zahl an Fachkräften verfügen, weswegen diese importiert werden müssen und drittens politisch belastete Mitarbeiter_innen der Vorgängerregierung so gut wie nicht ausgetauscht wurden. Während des Frühjahrs und zu Beginn des Sommers 2015 wurde versucht, die Situation zu korrigieren – der Rücktritt von Ihor Kolomoisky, das Verfahren gegen Genadi Kernes und der Amtsantritt von Michail Saakaschili zeugen davon. Es ist jedoch noch nicht abzusehen, ob diese Maßnahmen die Situation in den drei behandelten Schlüsselregionen fundamental ändern können.

Nach den Kommunalwahlen könnten regierungskritische feindliche und danach auch präsidentenkritische Einstellungen in den drei Gebieten bis zum Winter 2015/16 heftig zunehmen. Auf dieser Welle sind ein Erstarren prorussischer Einstellungen und eine Zunahme der Aktivitäten prorussischer Organisationen zu erwarten. Ein passendes Gegenmittel kann in diesem Kontext nur Folgendes sein: die Durchführung von wirksamen und vor Ort spürbaren schnellen Reformen, die Zusammenarbeit der Kiewer Zentralregierung mit lokalen Anhänger_innen des pro-europäischen Weges, die Rekrutierung von aus dem Kreis der erwähnten Anhänger_innen stammenden Kandidat_innen für Verwaltungsposten sowie eine echte Korruptionsbekämpfung auf der lokalen und regionalen Ebene. Verbesserungen im Lebensstandard der einfachen Bürger_innen sind der Schlüssel für die Stabilisierung der gesellschaftspolitischen Situation im Süden und Osten der Ukraine.



Über den Autor

Nikolay Mitrokhin war wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Forschungsstelle Osteuropa der Universität Bremen und publiziert regelmäßig zu gesellschaftspolitischen Fragen im postsowjetischen Raum. Für die FES unternahm er im April 2015 eine Recherchereise nach Kiew, Charkiw, Dnipropetrowsk und Odessa, als deren Ergebnis diese Studie entstand.

Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Referat Mittel- und Osteuropa

Verantwortlich:

Dr. Reinhard Krumm | Leiter Referat Mittel- und Osteuropa

Tel.: +49-30-269-35-7726 | Fax: +49-30-269-35-9250

<http://www.fes.de/international/moe>

Bestellungen/Kontakt:

osteuropa@fes.de

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Diese Publikation wird auf Papier aus nachhaltiger Forstwirtschaft gedruckt.



ISBN
978-3-95861-270-9